

3x

Nr.

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

Anders,
Karl

angefangen: _____ 19__
beendet: _____ 19__

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01
Nr.: **523**



Stolzenberg
Bestell-Nr. 1

Bei Behördenheftung
ist dies die Titelseite

^B
MAR(RSHA) 95/66
Pa 18

194 1/55 (RSHA)

378

Abgelichtet für

1 Js 1-65 RSHA

1 Js4 -65 RSHA

III Ng

Personalien:

Name: A n d e r s , Karl
 geb. am 9.3.1894 in . . . Berlin-Schöneberg . . .
 wohnhaft in . Hiddesen, Krs. Detmold, Verbruch 8 (24.2.1964)

 Jetziger Beruf:
 Letzter Dienstgrad: Regierungsamtman

Beförderungen:

am zum
 am zum
 am zum
 am zum
 am zum
 am zum

Kurzer Lebenslauf:

von 1934 beim Gestapa bis
 von bis
 von bis
 von bis
 von bis
 von bis
 von bis
 von bis

Spruchkammerverfahren:

Ja/nein

Akt.Z.: Ausgew.Bl.:

Bereits gegen den Beschuldigten anhängig gewesene Verfahren:

Aktenzeichen: Ausgew.Bl.:.

Aktenzeichen: Ausgew.Bl.:.

Aktenzeichen: Ausgew.Bl.:.

Aktenzeichen: Ausgew.Bl.:.

Als Zeuge bereits gehört in:

Aktenzeichen: , Ausgew.Bl.:.

Aktenzeichen: Ausgew.Bl.:.

Aktenzeichen: Ausgew.Bl.:.

Aktenzeichen: Ausgew.Bl.:.

Aktenzeichen: Ausgew.Bl.:.

Aktenzeichen: Ausgew.Bl.:.

Aktenzeichen: Ausgew.Bl.:.

Aktenzeichen: Ausgew.Bl.:.

Erwähnt von:

	Name	Aktenzeichen	Ausgew.Bl.
1)	der Zeugin Westphal	in der Vernehmung vom 25.5.1952	
2)	der Zeugin Ursula vom Hoff, geb. Kunze	in der Vernehmung vom 29.1.1962	
3)	Danach arbeitete A. im Ref. Hunsche (IV B 4 b) bis kurz vor		
4)	Kriegsende, zuletzt in Prag. Außerdem bearbeitete er die Registratur in jüdischen Vermögensangelegenheiten.		
5)	Nach der Seidelaufstellung war A. Angehöriger von IV A 4 b.		
6)	Tel. Verz. 1942 und 1943: RSHA IV. D 3.		
7)	In seinem PH befindet sich ein von ihm mit vollem Namen unterschriebenes Schreiben an das Auswärtige Amt in Berlin vom		
8)	6.6.1942		
9)		
10)		

A n d e r s
(Name)

Karl
(Vorname)

9.3.1894 Berlin
(Geburtsdatum)

Aufenthaltsermittlungen:

1. Allgemeine Listen

Enthalten in Liste ^A unter Ziffer 19

Ergebnis negativ - verstorben - wohnt 1938
(Jahr) in

Berlin-Treptow, Köpenicker Landstr. 81

Lt. Mitteilung von SK, ZSt, WAST, BfA.

2. Gezielte Ersuchen (Erläuterungen umseitig vermerken)

a) am: an: Antwort eingegangen:

b) am: an: Antwort eingegangen:

c) am: an: Antwort eingegangen:

3. Endgültiges Ergebnis:

a) Gesuchte Person wohnt lt. Aufenthaltsnachweis
vom ..28.2.64..(NW).. in ..Hiddesen Krs., Detmold,, Verbruch 8

.....
.....

b) Gesuchte Person ist lt. Mitteilung

vom verstorben am:

in

Az.:

c) Gesuchte Person konnte nicht ermittelt werden.

URGENT

(Name and address of requesting agency)

Berlin Document Center,
U.S. Mission Berlin
APO 742, U.S. Forces

Date: 10.6.63

It is requested that your records on the following named person be checked:

Name: **Karl Anders**
Place of birth: *9. 3. Auf. Bln. - Schönberg*
Date of birth:
Occupation: **Regierungsamtman**
Present address:
Other information: **Angehöriger IV A 4 b**

1187813

It is understood that the requested information will be supplied at cost to this organization, and that payment will be made when billing is received.

(Telephone No.)

(Signature)

(This space will be filled in by the Berlin Document Center)

	Pos.	Neg.		Pos.	Neg.		Pos.	Neg.
1. NSDAP Master File	___	___	7. SA	___	___	13. NS-Lehrerbund	___	___
2. Applications	___	___	8. OPG	___	___	14. Reichsaerztekammer	___	___
3. PK	___	___	9. RWA	___	___	15. Party Census	___	___
4. SS Officers	___	___	10. EWZ	___	___	16.	___	___
5. RUSHA	___	___	11. Kulturkammer	___	___	17.	___	___
6. Other SS Records	___	___	12. Volksgerichtshof	___	___	18.	___	___

For explanation of abbreviations and terms, see other side.

Bitte Beifügung der Schecks aller bisherigen Anfragen

untersuchen angeschlossen - Fotokopie

*O. Hünigstein, Kom
14/6.63*

Explanation of Abbreviations and Terms

2. NSDAP membership applicants
3. PK - Partei Korrespondenz (Party Membership Correspondence - files, etc.)
4. SS Officers - Service Records
5. RUSHA - Rasse - und Siedlungshauptamt (SS racial records of those married and marriage applicants)
6. Non-Officer SS, applicants for SS membership, racial records, police members
8. OPG - Oberstes Parteigericht (Supreme Party Court)
9. RWA - Rueckwandereramt (German returnees)
10. EWZ - Einwandererzentrale (Ethnic Germans' immigration and naturalization records)
12. Volksgerichtshof (People's Court)
15. Party census of Berlin 1939

Mitglieds Nr. 1493445

Vor- und Zuname

Anders

Kaul

Geboren 9. 3. 94. Ort Schöneberg

Beruf Pol. ob. Sekr. Ledig, verheiratet ~~verw.~~

Eingetreten 1. 12. 32.

Ausgetreten

Wiedereingetr.

Wohnung

Ortsgr. Gau

Wohnung

Ortsgr. Gau

Wohnung K Frankenring 32

Ortsgr. Düsseldorf Gau

Abt. Fessel. P. 134 77

Wohnung G. L. W. 11 Großschönbrunnstr. 90

Ortsgr. Berlin Gau Berlin

Wohnung

Ortsgr. Gau

Wohnung

Ortsgr. Gau

R. u. S. = Fragebogen

(Von Frauen fittngemäß auszufüllen!)

Name und Vorname des H.-Angehörigen, der für sich oder seine Braut oder Ehefrau den Fragebogen einreicht:

A n d e r s K o r l

Dienstgrad: H.-Nr. _____

Sip. Nr. _____

Name (leserlich schreiben): A n d e r s

in H seit Dienstgrad: H.-Einheit: _____

in SA von 1.4.33 bis 15.4.1936 , in HJ von / bis /

Mitglieds-Nummer in Partei: 1 403 445 H.-Nr.: _____

geb. am 9. März 1894 zu Berlin-Schöneberg Kreis: Gr. Berlin

Land: Preußen jetzt Alter: 48 Glaubensbekenntnis: gottgl.

Jetziger Wohnsitz: Berlin-Treptow Wohnung: Köpenicker Landstr. 81

Beruf und Berufsstellung: Regierungssattmann

Wird öffentliche Unterstützung in Anspruch genommen? nein

Liegt Berufswechsel vor? nein

Außerberufliche Fertigkeiten und Berechtigungscheine (z. B. Führerscheine, Sportabzeichen, Sportauszeichnung):

Führerschein 3

Staatsangehörigkeit: Deutsches Reich.

Ehrenamtliche Tätigkeit: Blockleiter der NSDAP.

Uffz. Schule Treptow/Rega vom 1.4.11 - 31.3.13

Dienst im alten Heer: Truppe J.R. 50 von 1.4.13 bis 23.12.18

Freikorps Freikorps Moerker von 24.12.18 bis 31.12.20

Reichswehr R.w. Regt. 32 von bis "

Schutzpolizei - von bis -

Neue Wehrmacht 1 von bis -

Letzter Dienstgrad: Vizefeldwebel.

Frontkämpfer: 1914 bis 1918 ; verwundet: 2 mal

Orden und Ehrenabzeichen, einschl. Rettungsmedaille: E.K. II, Mil. Dienstausszeichnung, 11. Kl.

fib. Handlungsfreigeigener Ehrenkreuz m. Schw. für Frontkämpf. Verw. Abz. Schwarzb.

Personenstand (ledig, verwitwet, geschieden - seit wann): verh. 3.6.38

Welcher Konfession ist der Antragsteller? gottgl. die zukünftige Braut (Ehefrau)? ev.

(Als Konfession wird auch außer dem herkömmlichen jedes andere gottgläubige Bekenntnis angesehen.)

Ist neben der standesamtlichen Trauung eine kirchliche Trauung vorgesehen? Ja - nein.

Hat neben der standesamtlichen Trauung eine kirchliche Trauung stattgefunden? ~~Ja~~ - nein.

Gegebenenfalls nach welcher konfessionellen Form? -

Ist Ehestands-Darlehen beantragt worden? ~~Ja~~ - nein.

Bei welcher Behörde (genaue Anschrift)? _____

Wann wurde der Antrag gestellt? _____

Wurde das Ehestands-Darlehen bewilligt? Ja - nein.

Soll das Ehestands-Darlehen beantragt werden? Ja - nein.

Bei welcher Behörde (genaue Anschrift)? _____

S c h e i n e

Lebenslauf:

(Ausführlich und eigenhändig mit Tinte geschrieben.)

Am 9.3.1894 wurde ich in Berlin-Tiergarten geboren und
auf evang. Grund getauft. In Pflanzung befinde ich Volksh.
schule und wurde 1908 Kaufmann.

Meinen militärischen Wehrdienst folgend, wurde ich
am 1.4.1909 wurde ich zum 2. Komp. Wflz.-Korps Nr. 50
einberufen, am 28.4.11 der Wflz.-Korps Trup-
pen a. R. übergeben und am 21.6.12 zum Gefreiten
erwählt. Auf Grund eines 4-jährigen Wehrdienstes, wurde
ich zum 2. Komp. Inf. Regt Nr. 50 in Danzig. Am 1.6.13 er-
folgte meine Beförderung zum Unteroffizier. Als Führer
einer Kompanie wurde ich zum 1. Komp. Inf. Regt Nr. 50
aufgestellt, meine militärische Dienstzeit beendend
zum 1.10.14. Auf Grund des Krieges 1914/18 bin
ich mit der 4. Komp. I. R. 50 zum Krieg abgewandt,
wurde ich am 28.8.14 bei Etter (Belgien)
zum Unteroffizier befördert. Hier war
ich wieder beim I. R. 50 als ausgebildeter Mann, wurde
am 26.10.14 nach dem Krieg ab und gab den Kommando
auf Warschau mitgenommen. Auf einem Kommando
im Lazarett (Krankendienst) Wehrdienstzeit beim I. R.
50. und wieder zum I. R. 50 nach Frankreich.
Am 21.10.16 wurde ich zum Oberleutnant und am
12.12.18 zum Hauptmann ernannt. Mit dem Feldzug
nahm ich an der Front teil und trat am 19.12.18
zum Festung Maerker (franz. Landwehrjäger-Korps) über.
Bei dem Kommando wurde ich zum Hauptmann
befördert bei Halle a. S. wurde ich am 19.3.20 zum
Leutnant befördert. Der Kriegsdienst: in
Frankreich sind die Folgen der Verletzung
am 31.12.20 wurde meine Wehrdienstzeit beendet. Ich war
zunächst beim I. R. 50 als Wehrdienstzeit

Raum zum Aufkleben der Lichtbilder.



387

Raum zum Aufleben der Lichtbilder.



Gebrand



Fortsetzung des Lebenslaufes oder sonstige Angaben:

faba mich als Landesregierung Oberassistent und in
Landesregierung beauftragt, müßte aber zunächst mit
einer Befähigung als Zollverwaltungsaufseher und
Zollausführer durch den Reichs- und Landesminister
Prinz v. Lubowitsch am 1.3.22 müßte ich von der
Landesregierung Krefeld als Hauptassistent zurücktreten,
nach Ablauf der Probezeit fast ausgefallen und am 5.8.25
zur Landesregierung zurück. Nach dreijähriger Probe-
zeitzeit fabe ich mich der Prüfung zur oberen
Verwaltungslaufbahn unterzogen und diese am
7.5.27 bestanden. Da ich seit 1922 bei der Polizeiver-
waltung Krefeld beauftragt war, müßte ich bei der
Aufnahmeprüfung der Polizei in den Dienst der Polizei-
präsidium Krefeld-Verdingen übernommen und
als Polizeivollwacht beauftragt. Am 5.7.28 erfolgte meine
Definitivierung zum pol. B. V. (pol. Insp.). Am Laufe der
Jahre bin ich zum Reg. Beamten befördert. Seit
1.4.34 verfolge ich den Grad. Hauptpol. Beamten.

Im Jahre 1922 fabe ich mich der nat. sog. Gastarbeit
und am 1.10.32 der N. F. + A. B. beigetreten. Mitglied. Nr.
403 445. Ferner war ich Mitglied der D. B., letzter Dienst-
grad: Parteiführer in. Führer des Kreises 1.8 in Berlin.
Auch Mitglied der F. H. des Kreises. Ich fuhre hier ich am 15.4.36
mit Ehren aus der D. B. ausgetreten. In der Partei bin
ich noch als Blockleiter tätig.

Am 3.6.38 fabe ich mich mit Minna geb. Jentzsch,
geb. 4.3.04 in Pümlow verheiratet. Kinder keine.

Der Frau auch gewidmet. Der. - Heirat fabe ich am
6.12.37 meine Dienstzeit mit Ablauf. 8.1.38 mitgeteilt.

Der Orden d. Ehrenzeichen besitzt ich: E. K. E. Militär-
Dienstauszeichnung. I. Kl. Ehrenzeichen für Frau Minna geb.
geb. Heirat auszeichnung, Medaille zur Erinnerung
am den 1.10.38
Karl Kuder

9. 11. 1938

Pa 18

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 6. Juni 1942.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ortsverkehr 12 00 40 · Fernverkehr 12 64 21

IV D 3 c - P. 1097.

Siehe in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Bfg.

Weiterleiten an D III

D II bittet um ~~Beteiligung~~

Berlin, den 11. Juni

An

das Auswärtige Amt

in B e r l i n .

Auswärtiges Amt
D III 3418
eing. 11. Juni
Amt Durchschl.

Betrifft: Samuel V o g e l , recte Streng, geboren am
19.11.1884 in Jaroslaw, und Maria geb. Marsch-
hofer, geboren am 22.10.1901 in Steyer.

Bezug: Dort. Schreiben vom 21.10.1941 - D III 8471 - und
mein Schreiben vom 2.11.1941 - Akt.Zch. wie oben --

Im 9159 A

Im Nachgange zum vorbezeichneten Schreiben teile ich
mit, daß der Jude Samuel V o g e l am 2.11.1941 mit einem
Sammeltransport durch die Zentralstelle für jüdische Auswan-
derung von Wien nach Litzmannstadt umgesiedelt worden ist.
Seine deutschblütige Ehefrau wohnt noch bei ihren Eltern
Heinrich und Johanna Marschhofer in Nürnberg, Ödenburger-
strasse 61.

Im Auftrage:

Ruders

Fb.

~~83-24~~ 390

1954

1 AR (RSHA) 95 / 66

V.

- ✓ 1) Als AR-Sache eintragen.
✓ 1a) Kartei
- 2) Vermerk: Der Betroffene ist als Beschuldigter für folgende Verfahren erfaßt:

..... 1 J. 1165 (RSHA) (Stapoleit. Bln.)

..... 1 J. 4165 (RSHA) (RSHA)

..... 1 J. 7165 (RSHA) (RSHA)

..... (RSHA) (RSHA)

..... (RSHA) (RSHA)

sein Aufenthalt ist ermittelt.

Es ist daher in dieser Sache nichts weiter zu veranlassen.

- ✓ 3) Als AR-Sache wieder austragen.
4) Herrn OStA Sevin m.d.B. um Jff.

Berlin, den 8.6.66

9. JUNI 1966



Gr:

OPH
a 18
AR 95/66

1 Js 4/65 (RSHA)

Vfg.

1. V e r m e r k :

Die in dem Verfahren 1 Js 1/65 (RSHA) bezüglich der ehemaligen Angehörigen des Judenreferats des Reichssicherheitshauptamtes durchgeführten eingehenden Ermittlungen haben betreffend die auch hier beschuldigten Personen folgendes ergeben:

- a) Bei den im vorliegenden Verfahren unter den laufenden Nummern 3 und 76 eingetragenen Beschuldigten A n d e r s und K r a u s e liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß diese auch nur im entferntesten etwas mit der zentralen Lenkung der in der Sowjetunion eingesetzten Einheiten der Sipo und des SD zu tun hatten.
- Anders war Sachbearbeiter für deutsche Emigranten während Krause von Ende 1941/Anfang 1942 bis Ende 1943 als Polizeisekretär die offene Registratur IV B 4 a führte.
- b) Bei dem in der vorliegenden Sache unter der laufenden Nummer 86 eingetragenen Regierungsoberinspektor Hans L i e p e l t kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß er tot ist. Liepelt hat offensichtlich im Judenreferat keine herausragende Stellung innegehabt, da nur die wenigsten Angehörigen dieses Referats ihn überhaupt kennen. Er ist durch Beschluß des Amtsgerichts Zehlendorf vom 25. Juli 1951 - 70 (8) II 79/51 - für tot erklärt worden. Nach den Angaben seiner Ehefrau ist er am 5. Juni 1945 von einem sowjetischen Offizier aus der ehelichen Wohnung abgeholt worden, und sie hat seitdem nichts mehr von ihm gehört. Unter Berücksichtigung der geringen Belastung des Liepelt sowie des Umstandes, daß er jetzt im 78. Lebensjahr stehen würde, kann bei dieser Sachlage von seinem sicheren Tod ausgegangen werden.

- c) Bezüglich der unter den laufenden Nummern 18, 34, 53 und 94 eingetragenen Beschuldigten B u r g e r, R o l f G ü n t h e r, H r o s i n e k und M a r t i n liegen die Voraussetzungen des § 205 StPO vor.

Burger, der nur verhältnismäßig kurze Zeit beim Reichssicherheitshauptamt in Berlin tätig war (hauptsächlich war er bei der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag sowie in Theresienstadt eingesetzt), ist Österreicher und ist im Frühjahr 1951 aus der Untersuchungshaft in Wien geflüchtet. Seitdem ist er unbekanntes Aufenthalts. Durch das Landesgericht Wien für Strafsachen ist er zur Festnahme ausgeschrieben.

Der Aufenthalt von Rolf Günther, dem Vertreter Eichmanns, ist ebenfalls unbekannt. Nach Zeugenangaben soll er sich nach dem Kriege in amerikanischem Gewahrsam im Lager Ebensee/Österr. das Leben genommen haben. Sichere Feststellungen in dieser Richtung ließen sich jedoch bisher nicht treffen.

Hrosinek, der neben Jänisch hauptsächlich in der Verwaltung des Judenreferats tätig war, ist zwar durch Beschluß des Landgerichts Wien vom 31. August 1960 - 48 T 201/60 - mit Wirkung vom 31. März 1945 für tot erklärt worden. Alle in diesem Todeserklärungsverfahren getroffenen Feststellungen beruhen jedoch auf nicht überprüfbaren Angaben seiner Ehefrau.

Martin, der Geheimregistrator im Judenreferat war, ist durch Beschluß des Amtsgerichts Schöneberg vom 11. November 1955 - 24 II 1515/55 - mit Wirkung vom 31. Dezember 1945 für tot erklärt worden. Auch diese Todeserklärung beruht auf nicht nachprüfbaren Angaben.

- d) Bei den Beschuldigten B o s s h a m m e r, H a r t m a n n, H u n s c h e, J ä n i s c h, P a c h o w und W ö h r n besteht zwar weiterhin der begründete Verdacht, daß sie in irgendeiner Form an der zentralen Lenkung der in der Sowjetunion eingesetzten Sipo und des SD beteiligt waren. Ihre sonstige

und weitaus überwiegende Tätigkeit im Rahmen der sogenannten "Endlösung der Judenfrage" ist jedoch Gegenstand des Verfahrens 1 Js 1/65 (RSHA), in dem sie als Hauptbeschuldigte geführt werden. Bei dieser Sachlage ist davon auszugehen, daß die im vorliegenden Verfahren zu erwartende Bestrafung dieser Personen neben der, die sie in der Sache 1 Js 1/65 zu erwarten haben, nicht ins Gewicht fallen wird. Es liegen somit im vorliegenden Verfahren bezüglich der Beschuldigten Bosshammer, Hartmann, Hunsche, Jänisch, Pachow und Wöhrn die Voraussetzungen des § 154 StPO vor.

2. Das Verfahren gegen die Beschuldigten Anders und Krausse wird aus den Gründen des Vermerks zu 1a) gemäß § 170 II StPO eingestellt.
3. Das Verfahren betreffend Liepelt hat sich durch dessen Tod erledigt.
4. Das Verfahren betreffend die Beschuldigten Burger, Rolf Günther, Hrosinek und Martin wird entsprechend § 205 StPO vorläufig eingestellt.
5. Das Verfahren betreffend die Beschuldigten Bosshammer, Hartmann, Hunsche, Jänisch, Pachow und Wöhrn wird gemäß § 154 StPO vorläufig eingestellt.
6. Herrn OStA Severin mit der Bitte um Zeichnung zu 2.-5.

Hdz. Severin
9. Dez. 1966

7.-11. pp.

Berlin, den 9. Dezember 1966

Selle

Erster Staatsanwalt

Vfg.1. Vermerk:

- a) Nach dem Ermittlungsstand zur Zeit der Abfassung des Einleitungsvermerkes vom 18. Dezember 1964 wurden die noch lebenden ehemaligen Angehörigen der Referate IV D 1, IV D 2, IV D 3 und IV D 4 (ab April 1944: IV B 2 c, IV B 2 b, IV B 2 a und IV B 1 a/b) für verdächtig angesehen, an der Deportation und Ermordung der Juden aus dem Protektorat, der Slowakei, Serbien, Kroatien und den übrigen Gebieten des ehemaligen Jugoslawien, Griechenland (IV D 1), dem Generalgouvernement (IV D 2), Norwegen, Dänemark, Frankreich, Niederlande, Belgien und Luxemburg (IV D 4), ausländischer und staatenloser Juden generell (IV D 1 bis IV D 4) sowie emigrierter Juden (IV D 3) im Rahmen der sogenannten "Endlösung der Judenfrage" mitgewirkt zu haben. Diese Personengruppe wurde deshalb in den Kreis der im Verfahren 1 Js 1/65 (RSHA) Beschuldigten einbezogen. Die inzwischen geführten weiteren Ermittlungen haben jedoch einen zur Erhebung der öffentlichen Klage hinreichenden Tatverdacht gegen die ehemaligen Angehörigen der Referate IV D 1 bis IV D 4, soweit ihre Tätigkeit im Zusammenhang mit der "Endlösung" bei diesen Referaten in Frage steht und sie nicht Leiter oder stellvertretender Leiter der Gruppe IV D gewesen sind, nicht ergeben.
- b) Die Einbeziehung der ehemaligen Angehörigen der Referate IV D 1 bis IV D 4 in den Kreis der Beschuldigten beruht im wesentlichen auf der Verfügung des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (kurz: Cds) - IV B 4 b - 2686/42 - vom Januar 1943 betreffend die Behandlung von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit (allgemein). Die Verfügung enthält 3 Erlassentwürfe des Cds, durch die Juden ausländischer Staatsangehörigkeit im ehemaligen Reichsgebiet einschließlich Protektorat, im Generalgouvernement und in den von Deutschland besetzten oder beeinflussten Ost-, Süd- und Westgebieten sowie staatenlose Juden dem Deportations-

maßnahmen unterworfen werden sollten. Am Ende dieser Verfügung - einen Originaldokument aus dem ehemaligen Referat IV 34 des RSHA - sind in einer besonderen Mitzeichnungsspalte die Stellen aufgeführt, die die Verfügung zu zeichnen bzw. mitzuzeichnen hatten, nämlich das Auswärtige Amt sowie mehrere Gruppen oder Referate des RSHA.

Optisch stellt sich die Mitzeichnungsspalte wie folgt dar:

Ausw. Amt	II B 4	II A 5	II A 2	IV D	IV B 4 a	IV B 4 b
-----------	--------	--------	--------	------	----------	----------

Aus dieser Anordnung ergibt sich, daß, soweit einzelne Referate des RSHA zu zeichnen, bzw. mitzuzeichnen hatten, diese in der Mitzeichnungsspalte jeweils gesondert aufgeführt sind, nämlich die Referate II B 4, II A 5 und II A 2. Da beim Referat IV B 4 beide Unterabteilungen - a und b - zu zeichnen hatten, sind beide Unterabteilungen in der Spalte gesondert aufgeführt. Die sogenannten "Länderreferate" - IV D 1 bis IV D 4 - sind dagegen nicht in der Mitzeichnungsspalte einzeln angegeben. Aufgeführt ist dort lediglich die Gruppe IV D. Das bedeutet aber, daß nur die Gruppe IV D mitzuzeichnen hatte, nicht die Referate IV D 1 bis IV D 4. Hätten diese Referate mitzeichnen sollen, dann wären sie nach dem aus der Anordnung der Spalte erkennbaren System dort auch besonders aufgeführt worden, wie der Vergleich mit II A 5 und II A 2 ergibt. Diese beiden Referate sind einzeln aufgeführt, nicht dagegen die Gruppe II A. Das bedeutet, daß nicht etwa die Gruppe II A, sondern lediglich die Referate II A 2 und II A 5 mitzuzeichnen hatten. Bereits aus dem Dokument selbst ergibt sich mithin eindeutig, daß die einzelnen "Länderreferate (IV D 1 bis IV D 4) die Erlassentwürfe nicht mitzuzeichnen hatten.

Dieses Ergebnis wird durch die Angaben einer Reihe von Beschuldigten und Zeugen bestätigt. Keiner der bisher im vorliegenden

Verfahren oder in den anderen hier anhängigen Ermittlungsverfahren vernommenen zahlreichen ehemaligen Angehörigen der Referate IV D 1 bis IV D 4 kann sich daran erinnern, die Verfügung - IV B 4 b - 2686/42 vom Januar 1943 oder Verfügungen ähnlicher Art zu Gesicht bekommen zu haben. Keiner der Zeugen, die den Referaten IV D 1 bis IV D 4 angehörten, erinnert sich daran, damals mit Judenangelegenheiten befaßt gewesen zu sein.

In gleicher Weise haben sich die Beschuldigten Dr. R a n g und Dr. J o n a k - dieser bei seiner informatorischen Befragung - eingelassen. Beide haben mit Bestimmtheit erklärt, daß nach der Anordnung der Mitzeichnungsspalte mit Sicherheit nur die Gruppe IV D und nicht die einzelnen Referate dieser Gruppe mitzuzeichnen hatten. Andernfalls wären die Referate nach dem damals beim RSHA üblichen Verfahren gesondert und ausdrücklich in der Spalte aufgeführt worden.

Damit steht fest, daß die Verfügung IV B 4 b - 2686/42 - vom Januar 1943 nicht von den Referaten IV D 1 bis IV D 4 mitgezeichnet wurde. Eine Mitwirkung am Mord durch die ehemaligen Angehörigen dieser Referate läßt sich deshalb insoweit (Deportationen von Juden ausländischer Staatsangehörigkeit sowie staatenloser Juden) nicht feststellen.

- c) Die Ermittlungen haben auch keinerlei Anhaltspunkte dafür erbracht, daß die ehemaligen Angehörigen der Referate IV D 1 bis IV D 4 bei anderen Gelegenheiten an der Deportation und Ermordung von Juden mitgewirkt haben.

Alle bisher im vorliegenden oder in den anderen bei der Arbeitsgruppe RSHA anhängigen Ermittlungsverfahren als Zeugen oder Beschuldigte vernommenen ehemaligen Angehörigen der Referate IV D 1 bis IV D 4 haben erklärt, sie seien niemals mit Angelegenheiten betreffend die Deportation und Ermordung von Juden befaßt worden.

f) Außer den ehemaligen Angehörigen der einzelnen "Länderreferate" wurden auch die jeweiligen Leiter der Gruppe IV D und ihre jeweiligen Stellvertreter für verdächtig angesehen, an der "Endlösung" beteiligt gewesen zu sein. Eine strafbare Teilnahme am Mord ist jedoch nach dem vorstehend Erörterten den jeweiligen Gruppenleitern IV D und ihren Stellvertretern insoweit nicht nachzuweisen, als ihre gesamte über die Mitzeichnung der Verfügung des Cds IV B 4 b - 2686/42 - vom Januar 1943 hinausgehende Tätigkeit in Frage steht. Denn es konnten keinerlei konkrete Anhaltspunkte dafür ermittelt werden, daß die Gruppenleiter IV D oder ihre Stellvertreter in anderen Fällen an der Deportation und Ermordung von Juden mitgewirkt haben.

Das Verfahren ist daher weiterhin gegen alle Leiter und stellvertretenden Leiter der Gruppe IV D, die diese Stellungen nicht in der Zeit vom Januar bis zum 5. März 1943 (dem Datum, unter dem die in der Verfügung vom Januar 1943 entworfenen Erlasse dann - unter dem Aktenzeichen IV B 4 b - 2314/43 g (82) - erschienen) bekleideten, mangels Beweises einzustellen. Das gilt auch für den Beschuldigten Dr. Gustav J o n a k . Denn dieser gehörte seit etwa Anfang August 1942 dem RSHA nicht mehr an.

g) Leiter der Gruppe IV D war zu der Zeit, als die Verfügung IV B 4 b - 2686/42 vom Januar 1943 dem Gruppenleiter IV D zur Mitzeichnung zugeleitet worden sein muß (Januar bis Anfang März 1943), der Beschuldigte Gustav Adolf N o s s k e . N o s s k e hat sich in seiner insoweit verantwortlichen Vernehmung vom 22. November 1966 dahin eingelassen, er sei unter anderem auch wegen seiner Teilnahme am Mord im Rahmen der "Endlösung" als Angehöriger des RSHA in Nürnberg angeklagt und verurteilt worden; er dürfe daher insoweit auf Grund der Überleitungsverträge durch deutsche Gerichte heute nicht mehr verfolgt werden. Ob das zutrifft, muß durch weitere Ermittlungen geprüft werden. Das Verfahren gegen N o s s k e kann deshalb beim gegenwärtigen Stand

Zeit von N o s s k e zwar in der Regel alle Vorgänge, die bei diesem durchliefen, zur Kenntnis vorgelegt erhalten, jedoch bis Juli 1943 nie selbst eine Sache gezeichnet. Denn er sei nicht zeichnungsberechtigt gewesen, sondern habe sich lediglich informatorisch einarbeiten sollen. Diese Einlassung kann dem Beschuldigten Dr. R a n g nicht mir der erforderlichen Sicherheit widerlegt werden. Denn Anhaltspunkte dafür, daß Dr. R a n g mindestens von Januar bis Anfang März 1943 über bloße informatorische Einarbeitung hinaus zeichnungsberechtigter Stellvertreter des Gruppenleiters IV D war, haben sich nicht ergeben und sind auch nicht ersichtlich. Das Verfahren gegen Dr. R a n g ist daher ebenfalls mangels Beweises einzustellen.

2.) Aus den Gründen des Vermerks zu Ziffer 1.) dieser Verfügung wird das Ermittlungsverfahren gegen

a) den Beschuldigten

A n d e r s, Karl, (Pa 18) - IV D 3 -
insoweit, als ihm seine Tätigkeit im früheren Referat IV D 3 vorgeworfen wird, nunmehr also endgültig eingestellt. (Soweit A n d e r s als ehemaliger Angehöriger des Judenreferates IV B 4 - IV A 4 d tätig wurde - ist das Verfahren bereits durch Verfügung vom 8. Juni 1967 eingestellt worden).

b) Gegen folgende Beschuldigte wird das Ermittlungsverfahren aus den Gründen zu Ziffer 1.) dieser Verfügung in vollem Umfang eingestellt:

1. Baatz, Bernhard (Pb 3) - IV D 2, 3, 4
2. Baberske, Johannes (Pb 4) - IV D 3
3. Betz, Ferdinand (Pb 68) - IV D 2
4. Boese, Wilhelm (Pb 228) - IV D 4
5. Breitenfeld, Ulrich (Pb 125) - IV D 2
6. Bürjes, Hans (Pb 168) IV D 4
7. Dr. Burg, Richard (Pb 163) - IV D 1, 4
8. Carl, Walter (Pc 2) - IV D 4
9. Dr. Deumling, Joachim (Pd 15) - IV D 2

10. Doll, Marcel (Pd 78) - IV D 4
11. Dorbandt, Karl (Pd 34) - IV D 1
12. Dressel, Paul (Pd 42) - IV D 4
13. Dubiel, Adolf (Pd 44) - IV D 2
14. Eichmann, Heinrich (Pe 24) - IV D 4
15. Göpfert, Alfred (Pg 28) - IV D 3
16. Havemann, Otto (Ph 188) - IV D 4
17. Hayn, Wilhelm (Ph 54) - IV D 3
18. Heuss, Otto (Ph 287) - IV D 1
19. Dr. Hoffmann, Karl-Heinz (Ph 141) - IV D 4
20. Dr. Höner, Heinz (Ph 120) - IV D 4
21. Jahn, Fritz (Pj 18) - IV D 3
22. Dr. Jonak, Gustav -(Pj 33) - IV D 1, 2, 3, 4
23. Kempf, Herbert (Pk 27) - IV D 3
24. Königshaus, Franz (Pk 93) - IV D 1
25. Kowal, Günter (Pk 111) - IV D 4
26. Legath, Hans (Pl 24) - IV D 3
27. Leppin, Walter (Pl 44) - IV D 1
28. Dr. Lettow, Bruno (Pl 46) - IV D 1
29. Lewe, Ewald (Pl 48) - IV D 2
30. Lischka, Kurt (Pl 58) - IV D 1
31. Mehl, Gerhard (Pn 34) - IV D 3
32. Meyer, Walter (Pn 56) - IV D 2
33. Neukirchner, Helmut (Pn 68) - IV D 4
34. Neumann, Gregor (Pn 18) - IV D 3
35. Minke, Fritz (Pn 76) - IV D 1
36. Paulik, Paul (Pp 13) - IV D 4
37. Pilling, Albin (Pp 36) - IV D 3
38. Dr. R a n g, Friedrich (Pr 13) - IV D 1, 2, 3, 4
39. Scheffels, Albert (Psch 20) - IV D 4
40. Schmidt, Walter (Psch 163) - IV D 3
41. Schröder, Erich (Psch 180) - IV D 3
42. Schultze, Heinz (Psch 240) - IV D 3
43. Schunacher, Arnold (Psch 143) - IV D 3
44. Seibold, Fritz (Ps 26) - IV D 4
45. Stark, Walter (Pst 6) - IV D 4
46. Steffen, Paul (Pst 9) - IV D 3
47. Thiedeke, Franz (Pt 18) - IV D 1
48. Thomsen, Harro, (Pt 24) - IV D 2

- 49. Weiler, Mathias (Pw 37) - IV D 2
- 50. Dr. Weinmann, Erwin (Pw 40) - IV D 1, 2, 3, 4
- 51. Wieschendorf, Bodo (Pw 79) - IV D 3 -
- 52. Wintzer, Rudolf (Pw 93) - IV D 2 -
- 53. Wolff, Hans-Helmut (Pw 111) - IV D 3, 4
- 54. Zimmat, Fritz (Pz 21) - IV D 3

- 3.) Herrn Leiter der Arbeitsgruppe mit der Bitte
 - a) um gefl. Kenntnisnahme von Ziffer 1.) sowie um
 - b) Gegenzeichnung hinsichtlich Ziffer 2a u. 2 b

Hdz. Severin
OSTA. 28.7.67

- 4.) -o. 17) pp.

Berlin, den 19. Juli 1967

Hölzner
Staatsanwalt

OPY 9/5/66

Vfg.

1.) Vermerk:

Ein Anlaß, in weitere Ermittlungen gegen die Beschuldigten

- a) Heinz R i c h t e r und
- b) Karl A n d e r s

ezzutreten, ist nach dem derzeitigen Sachstand nicht gegeben.

a) Was den Beschuldigten R i c h t e r anbelangt, so war dieser nach seinen durch Personalunterlagen aus dem Dokument Center bestätigten eigenen Angaben bis zum 20. Januar 1942 einschließlich im Referat II A 5 des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) als Referent und speziell als Sachgebietsleiter für die unter II A 5 a bearbeitete "Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit" nach dem Gesetz vom 14. Juli 1933 (RGBl. I S.479) tätig.

Es ist indessen kein Anhalt für die Annahme begründet, daß bei den in diese Zeit fallenden Deportationen von Juden v o r deren jeweiligem Abtransport irgendwelche vermögensrechtlichen Maßnahmen, für die die Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit gegebenenfalls Voraussetzung hätte sein müssen, getroffen worden wären. Die aus den Unterlagen zweiter Hand (Stapostelle Würzburg und Bürgermeisteramt Goch) zu rekonstruierenden Evakuierungsrichtlinien des RSHA vom 1. Oktober 1941 IV B 4 2659/41 g (679) - und vom 31. Oktober 1941 - IV B 4 2963/41 g (799) - lassen vielmehr die Schlußfolgerung zu, daß-im Gegensatz zu der frühestens am 31. Januar 1942 angeordneten späteren Übung - die angebliche Volks- und Staatsfeindlichkeit jüdischer Deportationsopfer ursprünglich erst jeweils n a c h staatspolizeilicher Beschlagnahme und Sicherstellung ihrer zurückbleibenden Vermögensgegenstände festgestellt wurde.

Wurde somit bei den während der RSHA- Tätigkeit des Beschuldigten R i c h t e r durchgeführten Deportationen die Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit in den in Betracht kommenden Fällen (also soweit nicht bereits die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 RGBl. I S.722) zum Zuge kam) erst nachträglich getroffen, fehlt es zwangs-

läufig an der Kausalität zwischen einer etwaigen Mitwirkung an diesen Maßnahmen und den durch die Deportationen bewirkten Todesfällen, also an den objektiven Tatbestandsvoraussetzungen einer Teilnahme am Mord.

- b) Der Beschuldigte **A n d e r s** war nach den Erkenntnissen, die aus den Organisationsunterlagen des RSHA und aus der Sammlung von ihm bearbeiteter Vorgänge zu gewinnen waren, im RSHA ausschließlich als Sachbearbeiter für "Emigrantenangelegenheiten" tätig, und zwar ursprünglich im Referat IV D 3 (Sachgebiet c) und seit der Umorganisation des RSHA ab 1. April 1944 im Referat IV A 4 b (Sachgebiet d). Zu seinem Aufgabengebiet gehörten bis zu einem nicht näher festzulegenden Zeitpunkt vor dem 1. Juli 1943 u.a. auch Maßnahmen im Zusammenhang mit der Rückführung emigrierter Juden und Mischlinge ins Reichsgebiet. (Vergleiche Vermerk des SS-Untersturmführers **W e r n e r** vom BdS den Haag vom 9. Juli 1943).

Es konnten indessen keine Feststellungen getroffen werden, daß der Beschuldigte **A n d e r s** an der Rückführung von deutschen Juden und Mischlingen mitgewirkt und damit eine Voraussetzung für ihre Deportation geschaffen oder zumindest ihre Deportation erleichtert hätte. Ganz abgesehen davon, daß nach dem Erlaß des RSHA vom 30. Oktober 1940 - IV D 6 229/40 - eine Heimschaffung von emigrierten deutschen Juden und Mischlingen grundsätzlich verhindert werden und nur bezüglich solcher Personen erfolgen sollte, "die in laufenden Ermittlungsverfahren dringend gebraucht werden oder deren internationale Verbindungen bzw. sonstiges reichsfeindliches Verhalten von einer derartigen Bedeutung sind, daß ein weiteres Verbleiben im Ausland eine dauernde wesentliche Gefahr für das Reich bildet", sind keine Unterlagen über vom Beschuldigten **A n d e r s** bearbeitete Rückführungsfälle aufgefunden worden, die einer späteren Deportation des Rückgeführten vorausgegangen wären oder ihr erkennbar hätten vorausgehen sollen.

Die im Schreiben vom 21. November 1941 - IV D 3 c F 1097 - erwähnte Rückführung des Juden **S a m u e l V o g e l** aus Frankreich, der alsbald seine Deportation nach Litzmannstadt folgte, ist ersichtlich ohne Einschaltung oder Mitwirkung des Referats IV D 3 erfolgt. Die im Schreiben

vom 22. Dezember 1942 - IV D 3 c G 2536 - in Erwägung gezogene Heimschaffung eines gewissen - zu dieser Zeit als Volljude bereits aus Drancy nach Auschwitz deportierten Juden - Gerhard G r o d d e c k sollte nur für den Fall erfolgen, daß er nicht Volljude, sondern Mischling wäre; es ist daher nicht davon auszugehen, daß der Beschuldigte A n d e r s mit einer späteren Deportation des Heimgeschafften hätte rechnen müssen. Die gleichen Erwägungen treffen auf den Fall des Mischlings Annemarie R o s e n t h a l zu, deren-im übrigen offenbar nicht erfolgte - Rückführung mit Schreiben vom 3. Juni 1943 - IV D 3 c R 106/43 - angeordnet und mit Schreiben vom 27. Mai 1944 - IV A 4 b (I) d R 106/43 - angemahnt wurde. Daß die aus dem Schreiben vom 8. Mai 1944 - IV A 4 b (I) d E 2 - ersichtliche Rückkehr des Mischlings Josef E l l i s s e n aus Rumänien nach Wien etwa auf Veranlassung des Beschuldigten A n d e r s erfolgt wäre, läßt sich nicht erkennen; über das spätere Schicksal E l l i s s e n s ist übrigens auch nichts bekannt.

Es fehlt damit an hinreichenden urkundlich zu belegenden Anhaltspunkten für die Annahme, daß die dienstliche Tätigkeit des Beschuldigten A n d e r s kausal für eine Deportationsmaßnahme gewesen wäre oder hätte sein sollen, so daß es sich mangels geeigneter Vorhaltungsmöglichkeiten erübrigt, mit der Verfahrenserledigung gegen ihn bis nach seiner Anhörung innezuhalten.

2. Das Ermittlungsverfahren gegen die Beschuldigten

a) Heinz R i c h t e r u.

b) Karl A n d e r s

wird aus den Gründen des vorstehenden Vermerks eingestellt.

3. Herrn Oberstaatsanwalt Severin
zur Gegenzeichnung

21.7.1967

Hdz. Severin OStA

4. Kein Bescheid, da Ermittlungen von Amts wegen.

5. zu schreiben:

Herrn
Heinz R i c h t e r
23 K i e l
Wörthstr. 24-26

Durch Verfügung vom heutigen Tage habe ich das gegen Sie wegen des Verdachtes der Teilnahme am Mord im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage" anhängig gewesene Ermittlungsverfahren, in dem Sie ursprünglich am 15. Juni 1966 hätten vernommen werden sollen und in dem Sie mich am 3. Juni 1966 angeschrieben haben, gem. § 170 Absatz 2 StPO eingestellt.

6. zu schreiben:

Herrn
Karl A n d e r s
D e t m o l d
Im Lindenort 21

Durch Verfügung vom heutigen Tage habe ich das gegen Sie wegen des Verdachtes der Teilnahme am Mord im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage" anhängig gewesene Ermittlungsverfahren, in dem Sie ursprünglich am 20. Juni 1966 bzw. am 17. und 18. August 1966 verantwortlich hätten vernommen werden sollen, gem. § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

7. Es sind 15 Ormigabzüge dieser Verfügung zu fertigen, von denen je ein Stück

- a) zu den Akten und Handakten 1 Js 1/65 (RSHA),
- b) zu den Original-Personalheften R i c h t e r (Pr 61 und A n d e r s (Pa 18)

sowie zu den entsprechenden Verfahrens-Personalheften 1 Js 1/65 (RSHA) zu nehmen ist.

8. Je 1 Abzug dieser Verfügung ist dem Dezernenten für die Verfahren

- a) 1 Js 4/64 (RSHA) und
- b) 1 Js 7/65 (RSHA)

vorzulegen.

9. Je 1 Abzug in dieser Verfügung ist
- a) Herrn Staatsanwalt Hölzner
 - b) mir
- zum Handgebrauch vorzulegen
10. Herrn Staatsanwalt Hölzner
- zur gefl. Kenntnisnahme und mit der Bitte um Berichtigung der
Verfahrenskartei.
11. Weitere Verfügung besonders.

Berlin, den 8. Juni 1967

Hölzner, STA

Für:

(Klingberg)

Erster Staatsanwalt

95/66

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
1 Js 1/65 (RSNA)

z. St. Detmold, den 15. 6. 1967

Gegenwärtig:

Erster Staatsanwalt Klingenberg
als Vernehmender
Justizangestellte Pukropski
als Protokollführerin

Vorgeladen erscheint um 9.30 Uhr der Pensionär Karl
Friedrich Wilhelm A n d e r s, geb. am 9. 3. 1894 in
Berlin-Schöneberg, wohnhaft in Detmold, im Lindenort 21,
und erklärt, nach Eröffnung, daß er in dem gegen verschiedene
frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes
(RSNA) anhängigen Ermittlungsverfahren wegen des Verdachtes
der Teilnahme an Mord im Rahmen der "Enthüllung der Judenfrage"
RR zeugenschaftlich vernommen werden sollte, und nach Belehrung,
daß er auf solche Fragen, durch deren wahrheitsgemäße Beant-
wortung er sich selbst der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung
aussetzen könnte, die Auskunft verweigern könne, folgendes:

Zu meiner Person, meinem Werdegang und meiner Berufsausbildung
und -Ausübung- beziehe ich mich auf die Angaben in meinem
handgeschriebenen Lebenslauf vom 26. Sept. 1966, den ich hiermit
zu den Akten reiche und dessen Inhalt ich zum Gegenstand meiner
zeugenschaftlichen Vernehmung mache. Die Angaben in meinem
Lebenslauf sind noch einmal mit mir erörtert worden; sie sind
berichtigt und treffen auch heute noch zu.

Befragen

Ergänzend zu meinem Lebenslauf gebe ich auf ~~stimmungs~~ folgendes
an: Nach meiner Versetzung zum geheimen Staatspolizeiamt
(Gestapo) war ich zunächst etwa 1 oder 1 1/2 Jahre in dem
für SPD zu-ständigen Ref~~er~~at als Sachbearbeiter tätig. Die
Ref~~er~~atsbezeichnung lautete meiner Erinnerung nach II A 2.
Mein dortiger Vorgesetzter war ein Kriminalp~~o~~-kommissar Sattler.
Weged~~en~~ persönlicher Differenzen habe ich mich jedoch dort
weggemeldet und bin alsdann dem für Emigranten, Kirchen,
Sekten und Logen zuständigen Ref~~er~~at II B 3 zugeteilt worden.
Mein dortiger Ref~~er~~atsleiter war der Sberregierungsrat Lischke .

Sachgebieteleiter ~~4~~ war ein Herr Jagusch, der als Regierungsassessor dort angefangen hatte und dann später auch Regierungsrat wurde. Aus dem Kollegkreis des Referats II B 3 erinnere ich mich noch an die Herren Wöhrn, Mohs und Mischke.

Auch nach der Errichtung des RSMA war ich weiterhin mit Emigrantenangelegenheiten befaßt. Die damalige Referatsbezeichnung lautete, wie ich mich auf Vorhalt erinnere, IV D 3. An Vorgesetzten aus diesem Referat erinnere ich mich an einen Regierungsrat Wolff und an einen Regierungsdirektor Geisler. Der mir genannte Name Weimann ist mir auch nicht unbekannt. Zu meinen Kollegen gehörte dort ein Regierungsoberinspektor, später Regierungsrat Walter Schmidt, der meiner Meinung nach in Kiel wohnhaft sein muß. Er war dort im Finanzministerium tätig. Herr Schmidt war ebenso wie ich als Sachbearbeiter mit Emigrantenangelegenheiten befaßt. Gleichfalls aus dem Referat IV D 3 ist mir der damalige Kriminalrat Ahrens bekannt. Er bearbeitete das Sachgebiet "Ausländer im Inland".

Meine Tätigkeit im Emigrantenreferat bestand während der gesamten Jahre, in denen ich diesem Referat angehörte - und zwar sowohl im Gestapo als auch im RSMA-, darin, auf Betreiben eines jeweils zuständigen Sachreferats Ermittlungen nach Deutschen im Ausland anzustellen. Es wurden dazu vorwiegend Berichte der deutschen Vertretungen im Ausland und der ihnen zugeordneten Polizeistellen, im Kriege dann auch Berichte der im Ausland tätigen Bediensteten der Sicherheitspolizei, angefordert. Auf Grund deren Berichte ermittelten wir dann im Inland weiter. Das Ergebnis dieser Ermittlungen wurde nach Abschluß jeweils demjenigen Sachgebiet zur Verfügung gestellt, auf dessen Betreiben wir tätig geworden waren oder dessen Zuständigkeit gegeben war. Der Zweck unserer Ermittlungen war einmal die beabsichtigte Zurückführung der im Ausland aufhaltenden

Wiel
sich

Deutschen im Reichsgebiet oder aber, falls man ihrer nicht habhaft werden konnte, ihre Ausbürgerung und die Einziehung ihres inländischen Vermögens.

Zu den Emigranten, deren Belange wird zu bearbeiten hatten, gehörten bis zu einem mir im einzelnen nicht mehr erinnerlichen Zeitpunkt im Jahre 1943 auch Juden. Bei diesen kam in erster Linie die Ausbürgerung und die Einziehung ihres inländischen Vermögens in Betracht. An Fälle einer Rückführung von Juden kann ich mich dagegen nicht mehr erinnern. In diesem Zusammenhang ist mir nur noch geläufig, daß der damalige Reichsstatthalter für die besetzten niederländischen Gebiete Seyes-Inquart zum Ausdruck gebracht haben soll, daß eine Rückführung von jüdischen Emigranten bis nach dem Kriegsende zurückgestellt werden solle. Außerdem erinnere ich mich an einen Fall, in dem vom Emigrantenreferat Stellungnahmen zur Frage der Entlassung eines in Schutzhaft befindlichen Juden, der in einer sogenannten Mischehe lebte, abgegeben werden mußten. Dieser Jude, an dessen Name ich mich nicht mehr erinnere, war ursprünglich Reichstagsabgeordneter der SPD gewesen und wurde, weil er bei Ausbruch des 1. Weltkrieges für die Kriegsanleihen gestimmt hatte, "Kaiser-Sozialist" genannt. Soweit ich mich erinnere, wurde er auf Betreiben Görings nicht aus dem KZ entlassen, obgleich ich mehrmals seine Entlassung aus dem KZ vorgeschlagen und der Gruppenführer ^{Leitel} ~~mir~~ dieser Vorschläge unterzeichnet hatte. An den Anlaß, aus dem heraus dieser Fall im Emigrantenreferat bearbeitet wurde, vermag ich mich nicht mehr zu erinnern.

In allen Fällen, in denen das Emigrantenreferat mit Angelegenheiten von Juden befaßt war, war eine Mitzeichnung des von Eichmann geleiteten -Juden-Referats- vorgesehen. Es wurden jenem Referat zu diesem Zwecke alle in Betracht kommenden Vorgänge zugeschrieben und vorgelegt. Ich meine aus der Erinnerung sagen zu können, daß die Mitzeichnungen nur selten von Eichmann selbst, der sehr häufig unterwegs war, vorgenommen werden sind und daß statt seiner in erster Linie Günther mitgezeichnet hat. Sachbearbeiter für diese Fragen dürfte in diesem Referat Moos gewesen sein. In sachlicher Hinsicht ging das Juden-Referat mit unseren Vor-

schließen so gut wie niemals konform. Vielmehr waren auch unseren Verfügungen jeweils Randvermerke mit Forderungen angebracht, von deren Erfüllung eine ~~angemessene~~ Mitzeichnung abhängig gemacht wurde. Nachdem wir das eine zeitlang mitgemacht hatten, haben wir vorgeschlagen, die im Emigrantenreferat bearbeiteten Fälle jüdischer Emigranten zur selbständigen Bearbeitung an das Judenreferat abzugeben. Diesem Vorschlag ist dann auch im Jahre 1943 entsprochen worden. Der mir vorgehaltene Besprechungsvermerk des Untersturmführers Werner vom RM BdS Den Haag vom 19. 7. 1943 gibt im seinen einleitenden Absatz inhaltlich genau das wieder, was mir zur Frage zur der Abgabe der Vorgänge an das Judenreferat in Erinnerung ist. An die Besprechung mit Werner vermag ich mich allerdings nicht mehr zu erinnern. Wenn außer mir auch der Kriminalrat Ahrens als Besprechungsteilnehmer aufgeführt ist, so resultiert aus meiner Auffassung ~~denach~~^{darau}, daß auch Erörterungen über ausländische Juden in den Niederlanden, also in einem von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebiet, geführt werden soll^{ten}. Auch diese Vorgänge sind jedoch an das Referat IV B 4 abgegeben worden.

Die vom Referat IV B 4 vor der Abgabe der Vorgänge an dieses Referat gemachten Gegenanschläge, von denen die Mitzeichnung abhängig gemacht werden sollte, hatten jeweils eine härtere Linie zum Gegenstand als die von Emigrantenreferat vertreten wurde. Die Absicht des Referats IV B 4 war jeweils, die in Betracht kommenden Juden aus dem Ausland ins Reichsgebiet zurückzuführen und hier ihre Einweisung in ein KZ vorzunehmen. Kamen unsere Vorgänge mit derartigen, von unserer Vorstellung abweichenden Vorschlägen zurück, wurden sie dem Sachgebietsleiter -also nicht mehr mir als dem eigentlichen Sachbearbeiter- zur Herbeiführung einer einheitlichen Auffassung vorgelegt. Da derartig voneinander abweichende Auffassungen auf die Dauer nicht vertretbar waren, kam es dann zu der von mir bereits geschilderten Abgabe aller einschlägigen Vorgänge an das Judenreferat.

An Schreibkräften, die mir im Emigrantenreferat zur Verfügung standen, erinnere ich mich an ein FrI. Fibrens, an ein FrI. Scholz,

die jedoch nur wenige Monate für mich tätig war, und an eine Frau Baesecke, die meine letzte Schreibkraft war. Frä. Hürche hat nicht für mich geschrieben; sie war die Schreibkraft meines Kollegen Schmidt und ist bereits während des Krieges gestorben. Registrator für ~~Emigranten~~-angelegenheit war, wie ich mich erinnere, Herr Zimmat. Nach Ausbombung unserer Registrator im Dienstgebäude Berlin-Lichterfelde ist er dann auch als Hilfsarbeiter im ~~Emigranten~~referat eingesetzt worden. Über den Personenkreis, der mit mir zusammen im ~~Emigranten~~referat sowie in dem diesem angeschlossenen Referatsteil tätig waren, geben zwei Bilder Aufschluß, die sich noch in meinem Besitz befinden. Den Zeitpunkt, zu dem diese Bilder gemacht worden sind, vermag ich nicht mehr genau festzulegen; er könnte etwa ein Jahr vor Kriegsbeginn liegen. Ich überreiche diese beiden Bilder zu den Akten, um von ihnen Abzüge machen zu lassen ^{zu} können. Nach Erledigung bitte ich, sie an mich zurückzusenden.

Nachdem die Juden-~~Emigranten~~angelegenheiten an das Referat ~~IX~~ IV B 4 abgegeben worden waren, war ich zunächst weiter mit den ~~Emigranten~~angelegenheiten von sogenannten Deutschblütigen befaßt, und zwar weiterhin im Referat IV B 3. Im Zuge einer Umorganisation des RSHA, die, wie mir gesagt wurde, zum 1. 4. 1944 erfolgte, ging das Referat IV B 3 in einen neuen Referat "Ausländer in Deutschland" auf. Als letzter Bearbeiter für ~~Emigranten~~angelegenheiten, die wegen des Verlaufs der Kriegereignisse einen immer geringeren Umfang hatten, blieb ich übrig. Ich wurde daher organisatorisch dem Judenreferat in der Kurfürstenstraße 116 angegliedert. Als Schreibkraft brachte ich dorthin Frau Baesecke ^{mit}. Die Registrator führte ich ihres geringen Umfanges wegen selber. Im Dienstgebäude ~~in~~ der Kurfürstenstraße 116 war ich -abgesondert von den eigentlichen Judensachbearbeitern- im ^{Hinter}gebäude im I. Stockwerk untergebracht. Da die mir zugeteilten Aufgaben ^{immer} mehr abnahmen, wurde mir im Laufe der zweiten Hälfte des Jahres 1944 auch ~~x~~

meine Schreibkraft abgezogen und danach anderweitig eingesetzt. Einen genauen Zeitpunkt dafür, ^{haben} habe ich nicht angegeben, es war jedenfalls nach dem 20. 7. 1944. Nach Zu einem mir nicht mehr erinnerlichen Zeitpunkt, ~~mögk~~ möglicherweise war es Februar 1944, wurde ich mit den restlichen Teilen des Judenreferats nach Prag überführt. Eine sachliche Arbeit habe ich dort nicht mehr geleistet, sondern war in etwa als ~~Kamxxx~~ ~~xxxxxxx~~ "Hauskommandant" beschäftigt. Diese Tätigkeit währte bis zum Zusammenbruch. Zu diesem Zeitpunkt setzte ich mich zusammen mit anderen in Prag tätig gewesenen Bediensteten des RSHA über einen Ort in der Nähe von Teresienstadt ins Reichsgebiet ab. Die Flucht, ^{Gruppe,} bei der ich mich befand, wurde von dem damaligen Regierungs- und Kriminalrat Förster geleitet. Zu ihr gehörten außerdem noch Herr Woern und seine Ehefrau. Auch Herr Moos sollte ~~sich~~ ansich zu uns ~~stößen~~; es hieß dann jedoch, daß er sich erschossen habe.

Meine Tätigkeit, die ich als ~~Emigrantensachbearbeiter~~ ^{habe} im Judenreferat ausgeübt ~~war~~ hatte, war die gleiche wie zuvor. Auch während ~~meiner~~ organisatorischen Zugehörigkeit ~~im~~ ^{zum} Judenreferat bin ich nicht mehr mit Belangen jüdischer ~~Emigranten~~ ^{tte} befaßt gewesen, sondern ich ~~habe~~ lediglich Vorgänge von ~~emigrierten~~ Nichtjuden zu bearbeiten. An die Referatsbezeichnung aus dieser Zeit sowie an mein Sachbearbeiterszeichen, ~~vermag~~ ich mich allerdings nicht mehr zu erinnern. In diesem Zusammenhang sind mit mir die Schreiben vom 8. 5. 1944 -IV A 4 B (I) d-E.2.- betreffend den Mischling 1. Grades Josef Ellisen, vom 5. 6. 1944 IV A 4 B (I) d - J. 7/44. betreffend Adelina Joessel-Krudy und vom 10. 10. 1944 -IV A 4 b-Hinz 1 - R. 45/44.- betreffend Titulus Riesenfeld erörtert worden. Wenn an dem erstgenannten Schreiben eine Mischlingsangelegenheit behandelt wird, so kann ich mir das nur so erklären, daß Mischlingsfragen auch nach dem Zeitpunkt, zu dem ~~xxx~~ jüdische ~~Emigrantenangelegenheiten~~ von Referat IV B 4 weiterbearbeitet wurden, ~~welter~~ zur Zuständigkeit des ursprünglichen Referat IV B 3 gehörten und daß sie auf Grund dieser Zuständigkeitsregelung auch nach meiner organisatorischen Zuteilung zum Referat IV A 4 b von mir weiter zu bearbeiten waren.

An die mit mir erörterten Einzelfälle als solche erinnere ich mich nicht mehr. Ich kann also weder sagen, welches der Anlaß für die von mir verfaßten einzelnen Schreiben waren, noch wie es zu diesen Schreiben überhaupt gekommen ist.

Daß entsprechend meiner heutigen Erinnerung die Mischlingsangelegenheiten auch nach Abgabe der eigentlichen Judenangelegenheiten an das Referat IV ~~B 3~~^{B 4} beim Exmigrantenreferat verblieben, dürfte seine Bestätigung auch in dem mit mir erörterten Schreiben vom 18. 5. 1943 -IV - D 3 c - G. 2766.- betr. den Mischling 1. Grades Goldstein und vom 3. 6. 1943 - IV D 3 c - 24/43- betr. den Mischling 1. Grades Annemarie Rosenthal finden. Die fraglichen Schreiben stammen in etwa aus dem Zeitraum, zu dem die eigentlichen jüdischen Exmigrantenangelegenheiten an das Referat IV B 4 abgegeben worden waren. Es ergibt sich also auch in-soweit, daß trotz dieser Abgabe die Zuständigkeit des Exmigrantenreferats für Mischlingsfragen erhalten blieb. Aus den letztgenannten mit mir erörterten Schreiben ist zu ersehen, daß ~~sie~~ bei Mischlingen 1. Grades auch eine Rückführung ins Reichsgebiet erwogen wurde und in Betracht kam. Im Falle erfolgter Rückführung wurde davon das jeweils zuständige Sachreferat, bei einem Mischling, der Geltungsjuden war, also das Judenreferat in Kenntnis gesetzt. In welcher Form die Angelegenheit dort weiter bearbeitet wurde, entzieht sich meiner Kenntnisse und entzog sich seinerzeit auch meiner Einflußnahme. Ich war damit sachlich zu keinem Zeitpunkt befaßt.

Mir war damals nicht unbekannt, daß Mischlinge, die Geltungsjuden waren, ggfls. auch der Deportation von Juden nach dem Osten unterlägen. Dieser Umstand ^{und} ^{die} überhaupt, gegen die Juden durchgeführten Maßnahmen geben mir und meinen Kollegen in dem Exmigrantenreferat Anlaß zu Erörterungen über die Judenfrage als solche. Wir, d. h. der Amterat Kufahl und mein Kollege Walter Schmidt (Ersterer war für Stiftungsangelegenheit zuständig) haben wiederholt miteinander ^{nicht} für die ~~sie~~ Judenfrage und ihre Durchführung gesprochen. Wir sind bei diesen Gesprächen durchaus von der Überzeugung ausgegangen, daß die Deportation von Juden und Geltungsjuden nach dem

Osten ihr dortigen Tod bedeuten würde. Wir haben unserer Auffassung Ausdruck verliehen, daß derartige Maßnahmen nicht ungestraft geschehen würde und daß sie auf das ganze Volk zurückfallen würde. Etwas ändern konnten wir allerdings nicht daran, sondern mußten den Dingen ohnmächtig zusehen. Wenn mir aus der Vernehmung von Frl. Fibrenz vom 20. 7. 1966 vorgehalten wird, daß ich mich auch mit ihr gelegentlich über das Schicksal von Juden unterhalten habe und daß wir unserer Meinung dahingehend Ausdruck gegeben hätten, daß die Rache der Juden an ^{den} Deutschen Volk als Vergeltung für die den Juden angetanen Grausamkeiten eine furchtbare sein müsse, so vermag ich mich an ^{dieses} ein Gespräch mit Frl. Fibrenz zwar nicht zu erinnern, halte ein solches aber mit dem von ihr geschilderten Inhalt durchaus für möglich, da dieser Inhalt ja auch ~~dem~~ dem Gegenstand meiner Gespräche mit ~~Herrn~~ Herrn Hufehl und Herrn Schmidt entsprach.

Ich erinnere mich auch daran, daß ich zu dem Zeitpunkt, zu dem ich bereits organisatorisch dem Judenreferat angegliedert war, mit einem dortigen Sachbearbeiter, bei dem es sich nach Erörterung seiner persönlichen Umstände um Herrn Pachow^v gehandelt hat, ins Gespräch gekommen bin. Zu diesem Gespräch kam es, nachdem ich ihn in seinem Dienstzimmer, das gleichfalls im I. Stock des Dienstgebäudes in der Kurfürstenstraße 116 lag, aufgesucht hatte. Ich erinnere mich daran, daß er damals SS-Obersturmführer war, aus Schlesien stammte, verheiratet war und 2 Kinder hatte. Seine Familie war im Dienstgebäude in der Kurfürstenstraße untergebracht und er ging später mit seiner Familie auch nach Prag. Innerhalb des hierzu erörternden Gesprächs erzählte er mir, daß er den Fall eines Mischlings zu bearbeiten habe, der als Kriegsteilnehmer einen Arm verloren habe. Trotz dieses schweren Schicksals habe man seine Mutter, bei der es sich um den jüdischen Elternteil gehandelt habe, nach dem Osten deportiert. Herr Pachow^v brachte mir gegenüber zum Ausdruck, daß etwas derartiges doch ungeheuerlich sei. Ich hatte bei dem Gespräch den Eindruck, daß Herr Pachow^v die Deportation der betreffenden Jüdin deshalb als Ungeheuerlich bezeichnete, weil er sich dessen bewußt war, welches Schicksal sie als Jüdin im Osten erwartete und weil er dies menschlich nicht gutheißen konnte und wollte.

Das Gespräch mit Herrn Pachow ~~endete~~ mit Kundgebung unserer beiderseitigen Überzeugung, daß wir unsererseites gegen derartige Maßnahmen nichts machen könnten und daß jeder Vorstoß in dieser Richtung aussichtslos sein würde und daß dies mit zusätzlich ^{mit} persönlichen Nachteilen verbunden ~~wären~~ ^{sein} würden. Es war schon sehr viel, daß ich über solche Dinge überhaupt mit Herrn Pachow ins Gespräch kam, weil derartige Gespräche voraussetzten, daß die Gesprächspartner sich ihrer gegenseitigen Vertrauenswürdigkeit bewußt waren und davon ausgehen konnten, daß die geäußerte Meinung nicht an unrechte Stelle weitergegeben ~~würde~~. Abgesehen von dem soeben geschilderten Fall bin ich noch mehrmals in der Folgezeit mit Herrn Pachow ins Gespräch gekommen. Wir haben abends hin und wieder zusammengesessen und uns über dies und jedes unterhalten. Dabei ist dann immer wieder zum Ausdruck gekommen, daß die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Behandlung der Judenfrage auf uns als Angehörige des Deutschen Volkes zurückfallen würden.

Die Vernehmung wurde um 12.40 Uhr unterbrochen; sie wird fortgesetzt am 16. 6. um 9.30 Uhr.

Detmold, den 16. 6. 1967

Zur Fortsetzung einer zeugenschaftlichen Vernehmung erscheint zur vereinbarten Zeit Herr Karl Anders und erklärt:

Wenn ich im Anschluß an das, was ich über meine Gespräche mit Herrn Kufehl, Herrn Schmidt und Herrn Pachow berichtet habe, gefragt werde, woher ich über die Ereignisse, ~~in~~ deren Gegenstand die nach dem Osten deportierten Juden waren, gewußt habe, so kann ich eine positive Quelle nicht mehr angeben. Mir ist lediglich durch Erzählungen unter der Hand, durch "Flüsterpropaganda", bekannt geworden, daß die deportierten Juden im Osten in abgesperrten ~~in~~ Ghettos leben ^{mussten} und daß diese durch ~~die~~ SS-Einheiten abgeriegelt seien, daß es dort bereits zu Aufständen und zur Rebellion gekommen sei und dass die dort untergebrachten Juden nicht lange überlebten. Obwohl

ich nicht mit unmittelbaren Augenzeugen der Ereignisse gesprochen habe, habe ich mir doch gesagt, daß dann, wenn etwas derartiges erzählt werde, an den Dingen etwas daran sein müsse; denn aus meinen Erfahrungen wußte ich, daß auch von geheim-zu-haltenden Ereignissen immer etwas durchsickert.

Offiziell habe ich im RSHA über die beabsichtigte und durchgeführte Ausfrottung des Judentums nichts gehört. Insbesondere sind mir keine Artikel aus der neutralen oder damals feindlichen Presse, die die "Endlösung der Judenfrage" zum Gegenstand hatte, zu Gesicht gekommen. Ich weiß zwar, daß Zeitungsausschnitte auch mir als Sachbearbeiter im Emigrantenreferat zugänglich gemacht worden sind. Es handelte sich dabei jedoch um solche Zeitungsberichte, deren Autor ein Emigrant war und die dann zu seinen Personakten genommen wurden. Ausgehend hiervon kann ich mir vorstellen, daß Zeitungsberichte, die die Judenfrage zum Gegenstand hatten, dem dafür sachlich zuständigen Referat und dessen Bediensteten zur Kenntnis gebracht worden ^{sind} ~~ist~~. ^{Die} ~~Einzelnen~~ Ausschnitten, um die es sich bei mir handelte, waren auf einem weißen Bogen Papier aufgeklebt, der auf das Emigrantenreferat ausgewiesen war. Ich meine, daß diese Ausschnitte aus dem Pressereferat stammten.

Mir ist auch bekannt, daß das Amt VII des RSHA sogenannte ^{Berichte} Informationsquellen herausgab. Diese sind mir insoweit zur Kenntnis gelangt, als in ihnen Verhältnisse angesprochen waren, die für die Arbeit im Emigrantenreferat von Bedeutung waren. Dagegen erinnere ich mich nicht an Informationsberichte, in denen von der Ausrottung des Judentums oder ähnlichen Themen gesprochen worden wäre. Wenn es -wie mir vorgehalten wird- derartige Informationsberichte gegeben hatte, dann halte ich es für wahrscheinlich, daß auch diese lediglich den interessierten Stellen, also vornehmlich dem Judenreferat vorgelegt worden sind.

Als ich im Laufe des Jahres 1944 organisatorisch dem Judenreferat zugewiesen wurde, mußte ich mich bei Günther vorstellen. Das geschah

deshalb, weil Eichmann -wie sehr häufig- abwesend war. Günther hat sich mit mir nicht weiter aufgehalten, sondern mir lediglich mein Dienstzimmer angewiesen. Auch in der Folgezeit hatte ich keine besondere Berührung mit ihm. Das lag daran, daß ich nur noch recht wenig zu tun hatte. Ich konnte außerdem meine Routinesachen selbst zeichnen, während nur die Vorgänge von etwas größerer Bedeutung Günther zur Unterschrift vorgelegt werden mußten. Davon gab es jedoch nicht mehr viel. Günther war mein unmittelbarer Vorgesetzter. Irgendeine weitere Instanz zwischen ihm und mir gab es nicht.

Im Vorszimmer Eichmanns und Günthers saß zu der Zeit, zu der ich zum Judenreferat kam, ein SS-Obersturmführer, den ich aus dem mir vorgelegten Bild aus der Personalakte Jänisch wiedererkenne. Er war Uniformträger. Sein eigentliches Arbeitsgebiet war mir unbekannt.

Sachbearbeiter außer mir waren seinerzeit die Herren Ba Wöhrn und Moes, die ich bereits aus dem Gestapo kannte, und die Herren Krjtschek und Pachow, die ich erst im Judenreferat kennen-gelernt hatte. Zu einem späteren Zeitpunkt kam als Sachbearbeiter noch Herr Nowak hinzu, der vom Ungarneinsatz zurückkehrte. Es war dies etwa zu der Zeit, zu der ich nach Prag versetzt wurde. Nowak mußte damals meine Bearbeitungsrate, also die Emigrantensachen, weiterführen.

Die Namen Stusckke und Hartmann als Bedienstete des Judenreferats sind mir kein Begriff. Es entzieht sich auch meiner Kenntnis, ob diese oder andere Bedienstete des RSHA mit Zensurarbeiten befaßt gewesen sind. Ich weiß nur, daß im gleichen Stockwerk des Dienstgebäudes in der Kurfürstenstraße 116, in dem ich saß, auch eine Zensurstelle der Wehrmacht vorübergehend untergebracht war.

Von den Sachbearbeitern hat Herrn Wöhrn während der Zeit, in der ich dem Judenreferat angehörte, die sogenannten "Generalie" bearbeitet.

Derunter ist zu verstehen, daß er Erlasse allgemeiner Art zu Judenmaßnahmen vorbereiten hatte. Um was es sich dabei im einzelnen gehandelt hat, weiß ich allerdings nicht. Meine Kenntnis darüber, daß ihm diese Bearbeitung der "Generalia" oblag, rührt daher, daß ich bei ihm in seinem Dienstsinner ^{bin} gewesen und das gesehen habe. Es ist mir dabei ganz klar gewesen, daß es sich um die Bearbeitung von generellen Angelegenheiten, nicht jedoch von Einzelfällen gehandelt hat. Darüber, daß er zu der hier in Betracht kommenden Zeit auch Einzelfälle bearbeitet hätte, habe ich weder etwas gehört noch gemerkt. Herr Wöhrn arbeitete im übrigen recht selbständig. Obgleich er in mancher Hinsicht als redselig zu bezeichnen war, war er dies in dienstlicher Hinsicht jedoch nicht. Über die Judenmaßnahmen und ihre Hintergründe hab ich mit Herrn Wöhrn nicht gesprochen. Er schien mir für derartige Erörterungen aus Sicherheitsgründen nicht der geeignete Gesprächspartner zu sein. Auch er hat mich in dieser Richtung -anders als z. B. Herr Pachow- nicht angesprochen.

Im Gegensatz zu Herrn Wöhrn hat Herr Moos die sogenannten Einzelfälle, die Juden betrafen, bearbeitet. Er war, wie ich weiß, recht viel unterwegs, z. B. auch in Lagern wie Esterwegen (das weiß ich aber nicht mehr genau) und Bergen-Belsen. Letzteres ist mir genau in Erinnerung. Ich meine auch, daß er öfter in Theresienstadt gewesen ist. Die Bearbeitung der ihm übertragenen Einzelfälle hat meines Wissens darin bestanden, daß er Anfragen über einzelne Juden zu beantworten hatte. Ich bin auch einmal bei ihm im Dienstsinner gewesen und habe dabei gesehen, daß der in seinem Raum stehende Pensenrechner mit jüdischen Einzelakten angefüllt war. Auch mit Herrn Moos habe ich über das Schicksal der deportierten Juden nicht gesprochen. Auch er wäre dazu nicht der geeignete Gesprächspartner gewesen. Es ist mir noch in Erinnerung, daß er überaus nervös gewesen ist. Das mag einmal Veranlagungssache gewesen sein; zum anderen halte ~~2-1-~~

ich nicht für ausgeschlossen, daß hierzu die Art seiner Arbeit beigetragen hat. Schließlich war er viel in Lagern und konnte daher unmittelbaren Anschauungsunterricht über die dortige Behandlung von Juden und deren Schicksal bekommen. Seine Nervosität drückte sich in erster Linie ~~es~~ darin aus, daß er beim Sitzen sehr unruhig war und dauernd mit den Füßen scharrte. Das fiel allgemein auf.

Herr Kryschak hat in der hier in Betracht kommenden Zeit meiner Meinung nach Mischlingsfragen bearbeitet. Mir ist bekannt, daß er zuständig war für die Entscheidung, ob im Arbeitseinsatz befindliche Mischlinge in den Betrieben verbleiben könnten oder ob sie aus abwehrmäßigen Gründen entlassen werden müßten. Meine diesbezügliche Kenntnis führt daher, daß sein Dienstsitz eine Zeitlang neben dem meinen lag und ich während ~~seiner~~ Abwesenheit hin und wieder sein Telefon bedient habe. Es meldet sich dann häufig die Stapo - Leitstelle Berlin, die Eingaben wegen der Weiterbeschäftigung von Mischlingen telefonisch weitergab oder auf die Entscheidung schriftlicher, bisher nicht beantworteter Eingaben drängte. Wie ich es Herrn Kryschak abgesehen habe, habe ich in solchen Fällen dann entschieden, daß der in Betracht kommende Mischling weiter beschäftigt werden konnte. Über meine der Stapo-Leitstelle Berlin gegebene Auskunft habe ich dann nächträglich jeweils Herrn Kryschak unterrichtet. Auch mit Herrn Kryschak habe ich nicht über die Hintergründe der "Ankunft Endlösung der Judenfrage" und über das Schicksal der deportierten Juden gesprochen. Die Gründe dafür waren die gleichen, die mich auch gegenüber Herrn Wöhrn und Herrn Mees vorsichtig sein ließen. Es hätte immerhin damit gerechnet werden müssen, daß kritische Äußerungen im ^{Denkprotokoll} ~~Denkprotokoll~~ Wege an eine unrechte Stelle gelangt wären.

Über das Arbeitsgebiet des Herrn Pachow kann ich aus eigener Anschauung nichts sagen. Als unseren weiter oben bereits geschilderten Gespräch über den Fall eines aus einer Mischehe stammenden kriegerverwundeten Mischlings und dessen jüdischer Mutter läßt sich möglicherweise der Schluß ziehen, daß Herr Pachow

während meiner Zugehörigkeit zum Judenreferat mit Mischehenangelegenheiten befaßt gewesen ist. Über das, was ich mit Herrn Fackow über die "Endlösung der Judenfrage" gesprochen habe, habe ich bereits gestern Auskunft gegeben. Daß ich mit Herrn Fackow derartige Gespräche geführt habe, lag daran, daß wir uns menschlich näher gekommen waren und einander vertrauten.

Wer von den Sachbearbeitern aus dem Judenreferat für die eigentlichen Deportationsmaßnahmen, z. B. für die ^Herstellung und Zusammenstellung von Deportationszügen zuständig waren, entscheidet sich meiner Kenntnis. Der Name Martin sagt mir in diesem Zusammenhang und auch sonst nichts. Auch der Name Hartenberger, der mir vorgehalten wird, ist mir unbekannt.

Herrn Hunsche habe ich erst in Prag nach meiner Versetzung dorthin kennengelernt. Er war der Leiter der dortigen Zweigstelle des Judenreferats, die, soviel ich weiß, die Einkichtung und Verwertung des jüdischen Vermögens bearbeitete. Von den in Prag tätig gewesenen Bediensteten sind mir noch die Herren Wassenberg, Jenke, Mischke, Hulo und Kolrep von Ansehen und dem Namen nach bekannt. Dagegen sagen die mir vorgehaltenen Namen Kube, Preuß, Annecke, Witschke, Pfeiffer und Brauer ^{mir} nichts. Eine besondere dienstliche Berührung zu Herrn Hunsche hatte ich nicht. Er war es gewesen, der mich in Prag zum "Hauskommandanten" bestellt hatte. Irgendwelche Gespräche über die "Endlösung der Judenfrage" und des Schicksal der deportierten Juden habe ich mit Herrn Hunsche nicht geführt. Das schien mir ^{mir} völlig ausgeschlossen zu sein, und zwar deshalb, weil ich den Eindruck hatte, daß Herr Hunsche ein unbedingter Verfechter der Judenmaßnahmen war und Eichmann und Günther ausgesprochen hörig war. Ich habe das auch dadurch bemerkt, daß Herr Hunsche mir einmal ernsthaft verwiesen hat, mich mit ~~den~~ Juden zu unterhalten oder sie auch nur anzusprechen, als ich einen in der ~~Prager~~ Dienstatstelle tätigen ~~jüdischen~~ jüdischen Hausarbeiter (es kann auch ein Mischling gewesen sein) einmal ein freundliches Wort gesagt hatte. Hunsche verbietet sich dies und erklärte, daß man das nicht tue.

Weitere sachdienliche Angaben kann ich nicht machen.

Außer in dem vorliegenden Verfahren bin ich bisher erst einmal in einer NS-Sache gehört worden, es war dies etwa vor 2 Jahren hier bei der Staatsanwaltschaft in Detmold.

Schluß der Vernehmung um 11.20 Uhr.

laut diktiert auf Vorlesen und Durchlesen versichtet und als genehmigt unterschrieben:

gez. Karl Anders.....

Geschlossen: gez. Klingberg

gez. Pukropki

Dietmold, den 26.9.66

45

Lebenslauf.

Name in Vornamen:

Anders

geboren:

Karl Friedrich Wilhelm

9.3.1894

Geburtsort:

Berlin - Schöneberg.

Eltern:

Wilhelm St., Eisenbahn-
arb. in späterer Land-
wirt und Vater geb
Friedrich, beide verstor-
ben.

Religion:

ev.-luth.

Schulbildung:

Volksschule 1900 - 1908

Familienstand:

seit 3.6.38 verh. mit
Minna geb. Jensen
ev.-luth., geb. 4.3.04

Prenzlau Kreis Belgard.

Kinder:

keine.

Wohnort:

Dietmold

Im Lindenvort 21

Wander.

Werdgenoss:

a) Militärdienst:

1909 bis 1911 Unteroffiz. -
Vorscheule Annaberg, Bez.
Kalle/Yanke.

1911 - 1913 Unteroffiz. -
Schule Treptow / Rega.

1913 - 31.12.20 Inf. -
Regiment Nr. 50 und
Reichswehr.

Mit Fir. Vom. Schein
wegen Heeresvermind-
derung schlassend.

Beförderungen:

21.6.12 Gsfh.

1.6.13 Ukfz.

21.10.16 Sergeant

12.12.18 Vizefeldw.

Orden:

E K II, Dienstauszeich-
nung f. 12 jähr. Dienst-
zeit, Akten. Abzeichen
für 2 malige Verwundg.

Verwundungen:

22.8.14 J. G. r. Unter-
schenkel.

19.3.20 J. G. r. Ellen-
bogengeleite.

Kriegsverwundung:

50% der r. Hand-
und Ellenbogengeleite
versteift.

Wunden:

Waldesgumy.
H. Zivilbeamter.

1. 1. 21 - 31. 3. 22 als An-
geschalteter im privatrechtl.
Vertragsverhältnis beim
I B. B. 7. R. 18 Paderborn
i. S. beim Hauptzollamt
Nordhorn.

Landbahnbeamter.

1. 4. 22 - 30. 6. 27

Stadtkassierent - Stadtkassier,
Karl bei der Stadtverwaltungs-
kommunale Ziv. Verwaltung
in Krefeld.

1. 7. 27 als Pol. Praktisi-

kant von der meistrichteten
Stadt-Pol. Verwaltung Krefeld-
Ürdingen übernommen

1. 4. 34 von amts wegen

zum G. St. Staatspol. Amt,
dem späteren R. S. H. P.
versetzt. Anlaß zur Verset-
zung war, daß die Stadt.

Pol. Verw. aufgelöst ist. das
Personal aufgeteilt wurde

Bisstellung ist.

Präferenzversayer. 1. 4. 22

1. 4. 24

1. 4. 28

Stadtkassierent

" sekretär

Polizeieingehor.

Wanderer.

27. 1. 1938 Pol. O. July.
 Juni 1940 Reg. Am Ammons.

Prüfungsort:

Abschlussprüfung eines
 von der Standortverwaltung ^{Regiment}
 fürerklass. Weeresangehörige
 eingetrit. Weiteingelshu-
 ganges. Bestandenen.

17.5.27 nach zweijähriger
 Vorbereitung die Prüfung für
 die obere Weereskommandanten
 bestanden.

Arbeitslose Zeit:

Von 1945-1956 habe ich
 durch Ausübung versicherter
 jungerpflichtiger Tätigkeit den
 Lebensunterhalt erworben.

Pension:

Mein Antrag wurde ich durch
 Erlass des Herrn Reg. Pres. in
 Detmold v. 9.3.56 in den Ruhe-
 stand versetzt.

Paul Jücker

1AR 95/66

Übertragung der Vernehmung (Stenogramm)
vom 7. August 1969

1 Js 5/67 (RSHA)

Gegenwärtig: Staatsanwalt S c h m i d t
Justizangestellte Wegner

Vorgeladen als Zeuge erscheint der Pensionär

Karl-Friedrich Wilhelm A n d e r s ,
geb. am 9. März 1894 in Schöneberg,
wohnhaft in 493 Detmold, Im Lindenort 21.

Der Zeuge wurde mit dem Gegenstand des Verfahrens vertraut gemacht und gemäß § 55 StPO belehrt.

Er erklärte, daß er mit keinem der hier Beschuldigten verwandt oder verschwägert sei und machte sodann folgende Angaben:

Ich bin im Referat IV D 3 des RSHA bis zum April 1944 tätig gewesen. Ich war dort immer mit Emigrantenangelegenheiten befaßt. Ich erinnere mich noch daran, daß als meine Referatsleiter RR Jagusch, KDir. Geißler und RR Wolff tätig waren. Von RR Wolff weiß ich, daß er nach der Umorganisation des Amtes IV des RSHA das Rußland-Referat erhalten hat, das in der Zimmerstraße untergebracht war. Wie ich bereits gesagt habe, war ich im Sachgebiet tätig, das die Angelegenheiten der deutschen Emigranten im Ausland behandelte. Es führte die Sachgebietsbezeichnung "c". Mit mir zusammen in diesem Sachgebiet arbeitete Polizeiinspektor Walter Schmidt.

Ein anderes Sachgebiet befaßte sich mit den Ausländern im Reich. Welche Bezeichnung dieses Sachgebiet hatte, vermag ich heute nicht mehr zu sagen. Es ist möglich, daß es den Buchstaben "b" führte. In diesem Sachgebiet war der KR Ahrens tätig sowie

ein KKM, bei dem es sich um den KKM Legath handeln kann.

Welches Aufgabengebiet das 3. Sachgebiet des Referates hatte, weiß ich nicht mehr. Ich kann insbesondere nicht sagen, ob es mit Ukrainern befaßt war. Ich weiß allerdings, daß im Referat IV D 3 auch Angelegenheiten bearbeitet wurden, die Ukrainer, Letten oder Angehörige anderer Ostvölker betrafen. Ich kann aber nicht sagen, ob für diese Personen ein eigenes Sachgebiet bestand oder ob Herr Ahrens für sie zuständig war.

Ich erinnere mich auch noch daran, daß im Referat IV D 3 häufig Ukrainer vorgespochen haben, die RR Wolff besuchen wollten. Ob außer Herrn Wolff auch noch andere Referatsangehörige für diese Leute zuständig waren, vermag ich allerdings nicht zu sagen.

Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an den Ukrainischen Nationalistenführer Bandera. Er war wiederholt in unseren Diensträumen. Ich selbst habe ihn einmal gesehen, als ich ihn vom Dienstgebäude Lichterfelde-Ost, Lange Straße, zum Hauptgebäude Prinz-Albrecht-Straße geleiten mußte. Bandera wurde dort in Haft gehalten.

Der Name der Eheleute Melynk sagt mir nichts. Auch die Bezeichnung OUN kenne ich nicht. Wer außer RR Wolff mit Bandera befaßt war, weiß ich nicht. Ich kann heute auch nicht mehr angeben, wer mich damals damit beauftragt hat, Bandera zur Prinz-Albrecht-Straße zu bringen und wer ihn mir übergeben hat. Ob das Referat IV D 3 ganz allgemein gegen Ukrainische Untergrundorganisationen ermittelt hat, weiß ich nicht mehr. Ich kann deshalb insbesondere auch nicht sagen, ob für die Ermittlung¹⁹⁴⁴ für die Ukrainer ein besonderes Sachgebiet bestand

Wie ich bereits oben erwähnt habe, war im Emigranten-
sachgebiet noch der Polizeioberinspektor und spätere
Amtmann Walter Schmidt tätig. Ich erinnere mich daran,
daß dieser zu einem Zeitpunkt, den ich näher aber
nicht mehr bestimmen kann, vom Referat IV D 3 fort-
gekommen ist. KR Ahrens hat mir die Versetzung des
Schmidt vorher schon angekündigt und mich noch besonders
gebeten, ihm nichts davon zu sagen. Meiner Erinnerung
nach ist Schmidt vom Referat IV D 3 fortgekommen, als
wir noch im Dienstgebäude Lange Straße untergebracht
waren. In welches Referat Schmidt versetzt wurde, weiß
ich nicht. Auch nachdem mir von dem Vernehmenden ge-
sagt worden ist, daß Schmidt ins Rußlandreferat unter
RR Thiemann gekommen ist, habe ich keine weitergehenden
Erinnerungen. RR Thiemann ist mir noch aus der Lange Str.
in Erinnerung, ohne daß ich aber sagen kann, was er
dort gemacht hat. Über die innere Einstellung des
Schmidt zur nationalsozialistischen Politik kann ich
keine Angaben machen. Ich war zwar recht gut mit ihm
bekannt, bin aber aus ihm nicht klug geworden. Ich kann
insbesondere nicht sagen, wie seine persönliche Ein-
stellung gegenüber den Angehörigen der Ostvölker war und
ob er sie auch für "minderwertige Untermenschen" ge-
halten hat. Ich erinnere mich nur an ein Gespräch mit
Schmidt, in dem es um Rußlandangelegenheiten ging. Er
hatte von einem Bekannten, der in Rußland im Einsatz war,
erfahren, daß geplant war, in Rußland Wehrdörfer zu
errichten. Über diese Planung haben wir uns ganz allge-
mein unterhalten. Seine politische Einstellung kam dabei
aber nicht zum Ausdruck.

Ich kann mich nicht mehr daran erinnern, daß wir als
Emigranten-Sachbearbeiter besondere Kontakte mit den

^{Länder-}
~~Ausland~~referaten des RSHA hatten, die für die Gebiete zuständig waren, in denen die Emigranten aufgegriffen wurden. Ich bin kurz mit dem Erlaß des Cds vom 30. Oktober 1940, ~~betz als~~-IV D 6 - 229/40, bekannt gemacht worden, der u. a. die Behandlung der in den besetzten Westgebieten angetroffenen deutschen Emigranten betrifft. Ich habe an diesen Erlaß heute keine Erinnerung mehr. ^{Ob er} ~~Einem~~, der mir damals bekannt war, weiß ich nicht. Aus meiner heutigen Erinnerung heraus kann aufgrund dieses Erlasses damals nicht viel veranlaßt worden sein, weil kaum Emigranten angetroffen wurden, die für die Sicherheitspolizei interessant waren.

Den RR Baatz kenne ich noch aus dem Kirchenreferat. Er war wohl später auch noch in der Lange Straße tätig, ohne daß ich aber sagen kann, was er dort gemacht hat. Dienstlich hatte ich mit ihm nichts zu tun. Auch persönlich habe ich ihn nicht weiter kennengelernt. Die mir genannten Regierungsräte Dr. Deumling und Thomsen sind mir nur dem Namen nach bekannt.

Laut diktiert und genehmigt
Karl Friedrich Wilhelm Anders

Geschlossen:
Schmidt, StA

Für die Richtigkeit der
Übertragung:

Wegner
Justizangestellte

Geschäftsnummer:

III VU 16/69

Gegenwärtig:

Halbedel, Landgerichtsdirektor

als Richter,

Funke, Just.Angest.

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

Staatsanwalt Höltzner

als Vertreter der Staatsanwaltschaft.

Strafsache

gegen ~~xx~~ Friedrich Boßhammer und Otto Hunsche

wegen versuchten Mordes u.a.

Es erschien

d er nachbenannte - Zeug e ~~Sachverständige~~

Der Zeug e ~~Sachverständige~~ wurde mit dem Gegenstand der Untersuchung und der Person de r Angeklagten bekannt gemacht.

Der Zeug e wurde zur Wahrheit ermahnt und darauf hingewiesen, daß er ~~seine~~ Aussage zu beiden - habe ~~keine~~, wenn keine im Gesetz bestimmte oder zugelassene Ausnahme vorliege. D er Zeug e wurde über die Bedeutung des Eides sowie die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen Aussage belehrt. Er ~~wurde~~ ferner darüber belehrt, daß - er - ~~berechtigt~~ sei , das Zeugnis zu verweigern, wenn - er - ~~zu~~ den im § 52 Abs. 1 StPO. bezeichneten Angehörigen de r Angeklagten gehör e , und die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung - ihm ~~immer~~ selbst oder einem der im § 52 Abs. 1 StPO. bezeichneten Angehörigen die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung zuziehen würde. D er Zeug e wurde schließlich darauf hingewiesen, daß der Eid sich auch auf die Beantwortung solcher Fragen beziehe, die ih m über - seine ~~Person~~ - Person und die sonst im § 68 StPO. angeführten Umstände vorgelegt würden.

Der Zeuge wurde ebenfalls nach § 55 StPO belehrt.

~~Der Zeuge wurde ebenfalls nach § 55 StPO belehrt.~~

D er Zeug e ~~Sachverständige~~ wurde ~~wie folgt vernommen:~~

~~Zeug xxxxx Sachverständige xxxxxx~~

Ich heiße Karl Anders, bin 76 Jahre alt, Pensionär, wohnhaft in Detmold, mit den Angeschuldigten nicht verwandt und nicht verschwägert.

Ich bin 1934 zum geheimen Staatspolizeiamt gekommen und habe dort anfänglich im Referat für Marxismus gearbeitet. Später wurde ich Sachbearbeiter im Emigranten-Referat, das, als das RSHH stand, die Bezeichnung IV D 3 führte. Dieses Referat ist endgültig 1944 dem Judenreferat in der Kurfürstenstraße angegliedert worden, d.h. disziplinarisch unterstellt worden, nachdem ihm schon vorher wesentliche Teile des Arbeitsgebietes abgenommen worden waren. Bei den abgenommenen Teilen des Arbeitsgebietes handelte es sich zunächst um jüdische Emigranten, später auch um Mischlinge ersten Grades, und die Bearbeitung der Rückführung solcher Mischlinge. Es blieb dann nur noch die Bearbeitung der Fälle von nichtjüdischen Emigranten übrig. Wenigstens entspricht dies meiner heutigen Erinnerung. Es ist aber durchaus möglich, daß auch noch einzelne Mischlingsfälle nach 1943 vom Referat bearbeitet worden sind. Bei der Bearbeitung der Mischlingsfälle war das Judenreferat das Referat, welches regelmäßig im Wege der Mitzeichnung eingeschaltet werden mußte. Bei den Mischlingen ersten Grades handelte es sich um Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit noch besaßen, aber im Ausland lebten, insbesondere in den Niederlanden. Es drehte sich regelmäßig darum, daß deren Anträge auf Verlängerung ihrer Pässe vorlagen. Nach den Anordnungen, die bei uns von den Reichskommissaren für die Niederlande vorlagen, sollte die Rückführung dieser Mischlinge auf die Zeit nach Kriegsende zurückgestellt werden. Dementsprechend hatten wir im Referat keine Einwendungen gegen die beantragte Verlängerung der Pässe. Dagegen erhob das Judenreferat regelmäßig Einwendungen mit einer allgemein gehaltenen Begründung. Es bestand darauf, daß diese Mischlingen nach Deutschland zurückkehrten. Diese gegensätzlichen Standpunkte führten schließlich dazu, daß, nachdem wir die Angelegenheit dem Amtschef IV vorgelegt hatten, dieser entschied, die Sachen seien dem Judenreferat abzugeben. Sachbearbeiter auch während der Zeit, in der wir die Mischlingssachen bearbeiteten, war meiner Erinnerung nach Moes. Ich erinnere mich, daß ich ihn wohl einmal in der Kurfürstenstraße aufgesucht habe, um eine Akte zu holen. Sonst kannte ich von dieser Dienststelle niemanden persönlich. Ich wußte nur, daß Eichmann der Referatsleiter und Günther sein Stellvertreter waren. Diese Kenntnis hatte ich aus dem Dienstverkehr gewonnen. Im übrigen hatten wir Sachbearbeiter auch die Geschäftsverteilungspläne bzw. Geschäftspläne des RSHH.

Daß das Judenreferat verantwortlich für alle gegen die Juden ergriffenen Maßnahmen und ausschließlich hierfür zuständig war, war mir bekannt, und zwar auch schon lange bevor ich kurz nach dem 20. Juli 1944 mit meinen Sachen in die Kurfürstenstraße umzog. Ob wir bei der Bearbeitung unseres Sachgebietes Unterlagen vom Judenreferat bekommen haben, kann ich heute nicht mehr mit Sicherheit sagen. Ich erinnere mich daran, daß uns Material in Form von Ausschnitten und aufgeklebten Zeitungsartikeln von anderen Dienststellen zuging. Bei diesen Zeitausschnitten handelte es sich um Veröffentlichungen von Emigranten, die gegen das Reich gerichtet waren. Ich halte es durchaus für möglich, daß solches Material auch vom Judenreferat zu uns gekommen ist, Denn das Material für die bei uns geführten Personalvorgänge der Emigranten bekamen wir nicht nur direkt, sondern auch von anderen Dienststellen, die uns über den Weg der Mitzeichnung informieren mußten. Umgekehrt taten wir das gleiche. Welcher Zweck mit den Judenmaßnahmen verfolgt wurde, ist mir nach und nach hauptsächlich aus meinem unmittelbaren Kollegenkreise bekannt geworden. Noch bevor ich in die Kurfürstenstraße kam, wußte ich, wenn ich dem, was mir erzählt worden war, Glauben schenkte, daß die Maßnahmen gegen die Juden darauf hinaus liefen, diese systematisch zu vernichten. War ich anfänglich nur davon unterrichtet, daß die Juden in Transporten aus Deutschland und den im deutschen Machtbereich befindlichen Gebieten nach dem Osten in Lager abtransportiert wurden, - ~~Packe-hatte-mir-einmal-von-diesen-Transporten-erzählt--~~ so hörte ich später, daß die Juden in Lagern und Ghettos von SS bewacht wurden und dort aus Mangel an ausreichender Ernährung verhungerten, Ausbruchsversuche unternahmen, die mit Waffengewalt verhindert worden seien, und daß ganze Ghettos und Lager vernichtet würden. Ich hörte auch von Tötungen in Theresienstadt und von Massenexekutionen in den besetzten Ostgebieten durch Einsatzkommandos bzw. Einsatztruppen. Schließlich hörte ich auch konkrete Berichte darüber, daß in Auschwitz Gaskammern vorhanden seien, in denen die Juden massenweise und fortlaufend umgebracht würden. Hierbei wurde der Begriff "Vergasung" schon als solcher benutzt. Ich war der Überzeugung auf Grund dessen, was ich alles gehört und erfahren hatte, daß diese Erzählungen zuträfen und habe gelegentlich mit meinem engsten Kollegenkreis wie Schmidt, Kuhfal und Frl. Fibranz mich darüber unterhalten. Wir waren einhellig der Meinung, daß

dieses Vorgehen gegen die Juden auf das ganze deutsche Volk zurückfallen würde, und daß die Vergeltung hierfür entsprechend ausfallen würde. Eine Bestätigung meiner Kenntnisse über das Schicksal der Juden habe ich in der Kurfürstenstraße nicht erhalten. Die Sachbearbeiter dort waren, wenn ich es so bezeichnen darf, schweigsam, "verschlossen wie eine Auster", wenn es um ihr Arbeitsgebiet ging. Ich erinnere mich lediglich einmal daran, daß Pacho mir von einem Juden erzählte, es war ein Mischling, der im ~~ersten-Weltkrieg~~ Kriege einen Arm verloren hatte und dessen jüdische Mutter abtransportiert wurde. Pacho äußerte dies etwa in dem Sinne, daß die Mutter nicht mehr wiederkehren würde. Diese Unterhaltung war für mich ~~die~~ ^{eine weitere} Bestätigung für das Schicksal der Juden. Ich hatte auch den Eindruck, daß Pacho Bescheid wußte. Von den Sachbearbeitern des Judenreferats waren in der zweiten Hälfte 1944 neben Pacho noch Wöhrn, Moes, Kryschak und später auch noch Nowak vorhanden. Der übrige Teil des Referats befand sich schon in Prag oder im Einsatz. Ich hörte, als Nowak wiederkam, daß er im Einsatz in Ungarn gewesen war. Ob noch weitere Sachbearbeiter außer den genannten in der Kurfürstenstraße damals gewesen sind, kann ich aus meiner heutigen Erinnerung nicht mehr sagen. Die genannten Namen sind mir jedenfalls noch geläufig. Daneben war noch Günther da, bei dem ich mich gemeldet hatte. Eichmann war meines Wissens fast ständig unterwegs. Ich habe ihn allenfalls ein- oder zweimal in Berlin gesehen. Die genannten Sachbearbeiter waren zur damaligen Zeit noch ausreichend beschäftigt. Ich selbst hatte kaum noch etwas zu tun. Im Februar 1945 sind wir dann fast alle nach Prag gekommen. Lediglich Kryschak blieb wohl in Berlin zurück. Wir haben dort in der Dienststelle in der ^{Belgischen} Dänischen Gasse gewohnt. Eine praktische Arbeit wurde kaum noch geleistet. Dort habe ich erstmals Hunsche kennengelernt, der der Leiter der Dienststelle in Prag war. Zugleich war er auch Vertreter von Eichmann für den Prager Bereich. Hunsche setzte mich als "Hauskommandanten" ein. Eine Funktion, die ebenfalls kaum mit Arbeit verbunden war. Ich hatte lediglich über den Heizer und zwei Putzfrauen, sämtlich Tschechen, zu verfügen. Alles andere machte Hunsche. Er trug fast ständig Uniform und ließ deutlich erkennen, daß er unser Vorgesetzter war. und auch als solcher behandelt zu werden wünschte. Ich habe nicht erlebt, daß Hunsche einmal ein freundliches Wort geäußert hat. Er war sehr distanziert, ich möchte fast sagen, arrogant in seinem Verhalten zu den anderen

Angehörigen der Dienststelle. Auf Grund des Eindrucks, ^{den} bin ich durch sein Verhalten von ihm gewonnen habe, bin ich überzeugt, daß Hunsche auch damals noch ein überzeugter Nationalsozialist gewesen ist. Konkrete Einzelheiten, aus denen ich diese Überzeugung gewonnen habe, vermag ich nach der langen Zeit jedoch kaum noch anzugeben. Ich erinnere mich daran, daß wir Sachbearbeiter etwa zweimal in Prag von Hunsche in sein Dienstzimmer gerufen wurden, wo er uns anhand einer Wandkarte die Kriegslage und den Frontenverlauf erläuterte. Hierbei äußerte er die ^{Ansicht} Hoffnung, daß der Feind zurückgedrängt werden könne. Es war wohl seine Absicht, mit seinen Erklärungen unseren Mut und unsere Zuversicht zu stärken, und zwar mit dem Ziele, uns zum Durchhalten zu bewegen im Hinblick auf eine mögliche Wende des Krieges. Er erweckte den Eindruck, als ob der Endsieg noch zu erringen sei. Ich erinnere mich auch noch daran, daß einmal ein Arbeitskommando im Garten des Hauses Aufräumungsarbeiten durchführte. Es war ein schöner Frühlingstag. Das Arbeitskommando bestand aus Juden und oder Mischlingen, die aus einem Lager gebracht worden waren. Es wurde von Hunsche persönlich beaufsichtigt und bewacht. Wegen des schönen Wetters stand ich dabei und sah zu. Es waren auch noch andere Angehörige der Dienststelle dabei. Als ich bemerkte daß einer der Arbeiter, eine Schubkarre äußerst ungeschickt benutzte, sagte ich ihm, wie er es besser machen könne. Hunsche, der ein Stückchen weiter entfernt stand, mußte dies beobachtet und gehört haben, denn er rief laut zu mir herüber: "Sprechen Sie die Leute nicht an!" Er sagte etwa sinngemäß dazu, dies tue man nicht, weil es Juden seien. Die Umstehenden müssen dies ebenfalls gehört haben. Als ich versuchte, ihm zu erklären, was gewesen sei, antwortete er nichts. Weiterungen hat dieser Vorfall aber nicht gebracht. Genauso, wie ich aus seinem Verhalten schon den Eindruck gewonnen hatte, daß er ein überzeugter Nationalsozialist war, und die Maßnahmen gegen die Juden billigte, bestärkte mich dieser Vorfall auch in meinem Eindruck, daß er ein unbedingter Verfechter der Judenmaßnahmen war. So, wie sich Hunsche bisher gegen die Angehörigen der Dienststelle verhalten hatte, wagte-~~feh~~ hatte ich nicht den Mut, Hunsche zu widersprechen oder etwas später ihn wegen des Vorfalles um eine Aussprache zu bitten. Ich befürchtete, in diesem Falle doch noch echte Nachteile zu erleiden. Kurz vor Kriegsende bekamen einige Angehörige der Dienststelle, darunter auch ich, noch von Hunsche den Befehl, uns nach Theresienstadt zu

zu begeben und uns dort bei Förster zu melden. Er selber war dann mit einigen andern spurlos in Richtung Alpen mit einem Lkw und Verpflegung verschwunden, nachdem er Pacho noch den Befehl gegeben hatte, ~~die~~ in Prag zu bleiben und die Dienststelle den Tschechen zu übergeben, obwohl Pacho seine Familie bei sich hatte, darunter zwei kleine Kinder. Ich überstand diesen Befehl nicht und machte mir in Anbetracht der damaligen Zustände und der Stimmung der Tschechen ernsthafte Sorgen um dessen Pachos Leben sowie der Kinder.

Selbst gelesen, genehmigt u. unterschrieben

gez. Karl Anders

gez. Halbedel

gez. Funke

z.Zt. Detmold, den 21.10.1970

Strafsache — Bußgeldsache

Gegenwärtig:

gegen

Landgerichtsrat Weichbrodt
als Richter,

Dr. Venter und Grautstück

Justizangestellte Gauler
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.
Oberstaatsanwalt Klingberg
Staatsanwalt Schmidt
Rechtsanwalt Dulde
als Verteidiger des Angeklagten

wegen Beihilfe zum Mord

Dr. Venter
Beginn 10.00 Uhr

Es erschien

Ende 13.20 Uhr

Pause von 11.20 bis 11.35 Uhr

Dr nachbenannte — Zeuge — Sachverständige —

Der — Zeuge — Sachverständige —
wurde mit dem Gegenstand der Untersuchung und
der Person der Beschuldigten — Betroffenen — bekannt
gemacht. Er — Sie — wurde zur Wahrheit ermahnt
und darauf hingewiesen, daß die Aussage zu beiden
ist, wenn keine im Gesetz bestimmte oder zugelassene
Ausnahme vorliegt. Er — Sie — wurde ferner auf die
Bedeutung des Eides, die strafrechtlichen Folgen einer
unrichtigen oder unvollständigen eidlichen und auch un-
eidlichen Aussage sowie darauf hingewiesen, daß der
Eid sich auch auf die Beantwortung der Fragen zur
Person und der sonst im § 68 der Strafprozeßordnung
vorgesehenen Umstände beziehe.

Der Erschienene wurde, — und zwar
die Zeugen — einzeln und in Abwesenheit der später
abzuhörenden Zeugen — wie folgt vernommen:
Belehrt gem. § 55 StPO.

1. Zeuge e — Sachverständige —

Ich heiße Karl Anders
bin 76 Jahre alt, Pensionär
in Detmold.

Mit dem Angeklagten nicht verwandt
und nicht verschwägert.

StP 17

Zeugen- und Sachverständigenvernehmung durch den Richter
im vorbereitenden Verfahren und in der Voruntersuchung
sowie durch den ersuchten Richter im Hauptverfahren (§§ 48 ff,
162, 185, 223 StPO) — Amtsgericht

Zur Sache:

Bis 1920 war ich Berufsunteroffizier. Von 1920 bis 1922 war ich Zivilangestellter beim Zoll in Northorn. 1922 ging ich dann als Stadtassistent zur Stadtverwaltung in Krefeld. 1927 kam ich als Polizeipraktikant zum Polizeipräsidium in Krefeld - Uerdingen. Dort war ich in der Paß- und Fremden-Polizeiabteilung tätig. 1934 wurde das Polizeipräsidium in Krefeld - Uerdingen aufgelöst und ich kam zum Geheimen Staatspolizeiamt nach Berlin. Dort begann ich meinen Dienst als Polizeiinspektor. In dieser Behörde blieb ich, auch als das Gestapa in das RSHA umorganisiert wurde bis 1945. Im Laufe der Zeit wurde ich zum Oberinspektor und zum Schluß noch zum Regierungsamtmann befördert. Ich hatte in der letzten Zeit den SS-Angleichungsdienstgrad eines Hauptstürmführers. Mitglied der SS bin ich nicht gewesen. Seit 1932 war ich Parteimitglied.

Als ich 1934 zum Gestapa kam, wurde ich dort als Verwaltungsbeamter im Amt II eingesetzt. Ich war in dem Referat II A 2 tätig und hatte den Schriftverkehr mit anderen Behörden zu entwerfen. 1935 schied ich aus diesem Referat aus und kam in das Referat II B 3. In diesem Referat hatte ich mit Emigranten-Fragen zu beschäftigen. In dem Sachgebiet mit Emigranten war ich bis 1945 tätig. Das Referat führte nach der Gründung des Reichssicherheitshauptamtes im September 1939 die Bezeichnung IV D 3. Ich hatte meinen Dienstsitz in der ersten Zeit in der Prinz-Albrecht Strasse und dann wegen der vielen Bombenschäden an den Gebäuden in verschiedenen Stadtteilen von Berlin. Im Sommer 1944 wurde mir ein Büro in der Kurfürstenstrasse 115/116, in dem das Judenreferat saß, zugewiesen. Seit dieser Zeit unterstand ich der Dienstaufsicht von Eichmann, war aber weiter mit Emigranten-Angelegenheiten beschäftigt. Meine Tätigkeit in dem Emigrantenreferat bestand darin, dass ich Ermittlungen nach deutschen Emigranten, die schon im Ausland lebten, anzustellen hatte. Mit Auswanderungsfragen, d.h. mit der Bearbeitung von Sachfragen der Personen, die erst ins Ausland auswandern wollten, hatte ich nichts zu tun.

Wenn in dem Emigrantenreferat Fälle zu bearbeiten waren, die jüdische Emigranten betrafen, hatte ich die betreffende Akte an das Judenreferat abzugeben. Ich bin in einem solchen Fall dann nicht mehr tätig geworden und habe die betreffende Akte auch nie wieder gesehen. Ein solcher Fall wurde ausschließlich im Judenreferat bearbeitet. Emigrantenfälle, die Mischlinge betrafen,

wurden zwar federführend vom Emigrantenreferat bearbeitet, mussten aber vom Judenreferat mitgezeichnet werden. Diese Aufteilung der Arbeit in Mischlingsfragen änderte sich schon im Jahre 1943 insofern, als ich die Bearbeitung dieser Fälle ebenfalls vollständig an das Judenreferat abgab. Das hatte zur Folge, dass ich selbst ab 1943 ausschließlich mit arischen Emigranten zu tun hatte. Ich habe die Bearbeitung der Mischlingsfragen abgegeben, weil es in der Bearbeitung dieser Fälle zu Spannungen mit dem Judenreferat gekommen war. Diese Spannungen hatten ihren Grund darin, dass das Judenreferat die JM Mischlinge, die emigriert waren, ins Reich zurückführen wollte, während ich damit nicht einverstanden war. Warum das Judenreferat bestrebt war, die emigrierten Mischlinge in das Reich zurückzuführen, wusste ich zu der Zeit, als ich die Bearbeitung dieser Fragen an das Judenreferat abgab, nicht. Erst später, den genauen Zeitpunkt kann ich heute nicht mehr angeben, habe ich vermutet, dass das Judenreferat auch diese Menschen in die Vernichtung einbeziehen wollte. Sie sollten mit "verheizt" werden. Die Bearbeitung der Mischlingsfragen wurde m.W. im Juni / Juli 1943 dem Judenreferat übertragen. Diese Übertragung ging auf meine Veranlassung hin und wurde von dem Amtschef Müller angeordnet.

Mir ist schon Ende 1941 Anfang 1942 zu einer Zeit, als ich noch in dem Referat IV D 3 in dem Hauptgebäude in der Prinz-Albrecht-Str. saß, bekanntgeworden, dass die Juden aus dem Reich deportiert wurden. Mir war auch bekannt, dass sie in den Osten in Lager gebracht wurden. Die einzelnen Zielorte und die Organisation der Deportationen war mir nicht bekannt. Ich wusste zu dieser Zeit auch noch nicht, was mit den Menschen im Osten geschah. Auch über einen Arbeitseinsatz hatte ich damals nichts gehört. Mir ist durch meinen Sekretär Zimmat bekanntgeworden, dass Juden in Berlin nachts abgeholt wurden und zu einer Stelle gebracht wurden, von der sie abtransportiert wurden. Das hat Zimmat mir erzählt. Ich kann heute nicht mehr genau sagen, ob Zimmat selbst zu einer solchen Abholaktion eingeteilt worden ist oder ob er mir nur Tatsachen berichtete, die er selbst von anderen Personen gehört hatte.

Der Name B r u n n e r ist mir unbekannt. Auch nachdem mir seine Dienststellung und seine Arbeit in Berlin vorgehalten worden ist, kann ich mich an diesen Mann nicht erinnern.

Mir ist auch nicht bekannt, ob Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes zu Abholaktionen in Berlin eingesetzt worden sind.

Ich habe während meiner Tätigkeit im Reichssicherheitshauptamt davon gehört, dass die Getto's im Osten überfüllt waren, dass darum Ausbruchsversuche gemacht wurden, die mit Waffengewalt niedergeschlagen wurden und dass dort Hunger herrschte. Ich habe weiterhin auch von Massenerschießungen und letztlich auch von Vergasungen gehört. Diese Tatsachen erfuhr ich in einer Zeitspanne, die zwischen meiner dienstlichen Tätigkeit in einem Dienstgebäude in Lichterfelde und meiner Umquartierung in die Kurfürstenstrasse liegt. Zum ersten Mal wurde über diese Dinge gesprochen, als ich mit meinem Kollegen Schmidt und Kufal in Lichterfelde von der Dienststelle zum Bahnhof in Lichterfelde-West ging. Über diese Geschehnisse im Osten ist nur im Vertrauen im engsten Kollegenkreis gesprochen worden. Ich ~~meine~~ meine damit, meine engsten Kollegen, nämlich Herrn Schmidt, Herrn Kufahl und Frä. Fibranz. Diese Geschehnisse im Osten sind mir in diesen Gesprächen in Form von Gerüchten erzählt worden. Im Laufe der von mir bezeichneten Zeitspanne, die ich datungsgemäß nicht genau angeben kann, haben die verschiedenen Gerüchte sich in mir bis zu einem Zustand verdichtet, der einer Gewissheit nahe kam. Ich hielt diese Geschehnisse für möglich und sehr wahrscheinlich und hoffte trotzdem, dass sie nicht geschehen sein möchten. Woher meine Gesprächspartner die Gerüchte bezogen, die sie mir erzählten, weiss ich nicht. Ausser ihren Erzählungen wurden meine Vorstellungen auch davon noch geprägt, dass ich in meinem Referat Ausländische Zeitungsartikel und illegale Schriften von Emigranten zu Gesicht bekam, die sich mit diesen Problemen beschäftigten. Mir ist dagegen nicht bekannt, dass es im Reichssicherheitshauptamt eine Stelle gab, an der ausländische Presseartikel gesammelt und ausgewertet wurden. Derartige Berichte, die mein Sachgebiet nicht betrafen, habe ich im Umlaufverfahren nicht erhalten. Ich habe auch niemals Berichte von Einsatzgruppen oder Einsatzkommandos zu Gesicht bekommen. Ausländische Rundfunksender habe ich nicht gehört.

Mir sind aus der Bevölkerung Gerüchte über Judentötungen im Osten nie zugetragen worden. Ich selbst habe

auch ausser den von mir oben bezeichneten Personen mit aussenstehenden Personen hierüber nie gesprochen. Das war viel zu gefährlich.

Zu der Frage meines eigenen Wissens trage ich noch nach, dass ich in den Gesprächen mit den von mir oben bezeichneten Personen auch schon von den Gaskammern in Auschwitz gehört habe.

Mir ist über die Organisation der Stapo-Leitstelle Berlin nichts bekannt. Insbesondere kann ich über das Arbeitsgebiet des stellvertretenden Leiters nichts sagen. Ich kenne auch keine Angehörigen der Stapoleitstelle Berlin. Die Namen Bovensiepen, Dr. Venter und Grautstück sind mir unbekannt.

Als ich schon mein Büro in der Kurfürsten-Str. hatte, habe ich einige Telefongespräche mit der Stapoleitstelle Berlin geführt. Diese Gespräche betrafen Gesuche von verschiedenen Berliner Firmen, die darum baten, dass Mischlinge nicht aus ihren Betrieb herausgezogen werden sollten. Ich habe diese Gespräche für Herrn Kryschak, der der eigentliche Sachbearbeiter dieser Fragen im Reichssicherheitshauptamt war, geführt. Wer mein Gesprächspartner bei der Stapoleitstelle war, weiss ich nicht. Mir ist auch nicht bekannt, dass ausser diesen speziellen Fragenkomplex in anderen Sachgebieten direkt von einem Referat des Reichssicherheitshauptamtes mit einem Referat der Stapoleitstelle Berlin verhandelt worden ist. Der Schriftverkehr zwischen der Stapoleitstelle Berlin und einem Referat des Reichssicherheitshauptamtes wurde m.W. so abgewickelt, dass der Referent der Stapoleitstelle das Schreiben unterzeichnete, es dann dem Leiter der Stapostelle vorlegte, und dieses Schreiben dann über das Reichssicherheitshauptamt zu dem da zuständigen Referenten kam. Die Schreiben waren an das Reichssicherheitshauptamt adressiert. Das jedenfalls war der regelmässige Weg. Mir ist nicht bekannt, dass für die Stapoleitstelle Berlin von dieser Regel abgewichen wurde. Ich berichtige mich insoweit: Der Referent bei einer Stapostelle setzte sein Handzeichen auf das Schreiben. Es wurde von dem Leiter der Stapostelle aber unterschrieben.

Die Ausstellung Sowjetparadies ist mir unbekannt. Ich weiss auch nichts von Geiselnerschießungen in Berlin. Mir ist bekannt, dass im ~~REXXXXXXIXEXX~~ Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes Tagungen mit Stapoangehörigen stattgefunden haben.

Die Teilnehmer und die Tagungsordnungspunkte sind mir dagegen nicht bekannt.

Als ich mich bei Günther in der Kurfürstenstrasse vorstellte, sah ich in seinem Zimmer eine Karte an der Wand hängen, auf der die Deportation der Juden graphisch dargestellt war. An Einzelheiten dieser Darstellung entsinne ich mich nicht, weil ich diese Karte nur flüchtig angesehen habe. Ich erinnere mich genau daran, dass ich diese Karte, als ich sie sah, mit der Lösung der Judenfrage in Verbindung brachte. Die Tatsachen aber, die mich zu diesem Schluß führten, kann ich heute nicht mehr im einzelnen wiedergeben. Es war keine topographische Landkarte, sondern es waren statistische Darstellungen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben:

Weidewald

Fritz Sanders

Sailler

Der Zeuge wurde nicht vereidigt, da er der Tatbeteiligung verdächtig ist (§ 60 Nr. 2 StPO).

Weidewald

Sailler

z.Zt. Detmold, den 21.10.1970

Strafsache — Bußgeldsache

Gegenwärtig:

gegen

Landgerichtsrat Weichbrodt

als Richter,

Dr. Venter und Grautstück

Justizangestellte Gauler

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

Oberstaatsanwalt Klingberg

Staatsanwalt Schmidt

Rechtsanwalt Dulde

als Verteidiger des Angeklagten

wegen Beihilfe zum Mord

Beginn Dr. Venter

10.00 Uhr

Es erschien

Ende 13.20 Uhr

Pause von 11.20 bis 11.35 Uhr

der nachbenannte — Zeuge — ~~Sachverständige~~ —

Der — Zeuge — ~~Sachverständige~~ —
wurde mit dem Gegenstand der Untersuchung und
der Person der Beschuldigten — ~~Betroffenen~~ — bekannt
gemacht. Er — ~~Sie~~ — wurde zur Wahrheit ermahnt
und darauf hingewiesen, daß die Aussage zu beidene
ist, wenn keine im Gesetz bestimmte oder zugelassene
Ausnahme vorliegt. Er — ~~Sie~~ — wurde ferner auf die
Bedeutung des Eides, die strafrechtlichen Folgen einer
unrichtigen oder unvollständigen eidlichen und auch un-
eidlichen Aussage sowie darauf hingewiesen, daß der
Eid sich auch auf die Beantwortung der Fragen zur
Person und der sonst im § 68 der Strafprozeßordnung
vorgesehenen Umstände beziehe.

Der Erschienene wurde ~~—~~
die Zeugen ~~—~~ einzeln und in Abwesenheit der später
abzuhörenden Zeugen — wie folgt vernommen:
Belehrt gem. § 55 StPO.

1. Zeuge — ~~Sachverständige~~ —

Ich heiße Karl Anders
bin 76 Jahre alt, Pensionär
in Detmold.

Mit den Angeklagten nicht verwandt und
nicht verschwägert.

1AR 95/66

StP 17

Zeugen- und Sachverständigenvernehmung durch den Richter
im vorbereitenden Verfahren und in der Voruntersuchung
sowie durch den ersuchten Richter im Hauptverfahren (§§ 48 ff,
162, 185, 223 StPO) — Amtsgericht

Zur Sache:

Bis 1920 war ich Berufsunteroffizier. Von 1920 bis 1922 war ich Zivilangestellter beim Zoll in Northorn. 1922 ging ich dann als Stadtassistent zur Stadtverwaltung in Krefeld. 1927 kam ich als Polizeipraktikant zum Polizeipräsidium in Krefeld - Uerdingen. Dort war ich in der Paß- und Fremden-Polizeiabteilung tätig. 1934 wurde das Polizeipräsidium in Krefeld - Uerdingen aufgelöst und ich kam zum Geheimen Staatspolizeiamt nach Berlin. Dort begann ich meinen Dienst als Polizeiinspektor. In dieser Behörde blieb ich, auch als das Gestapa in das RSHA umorganisiert wurde bis 1945. Im Laufe der Zeit wurde ich zum Oberinspektor und zum Schluß noch zum Regierungsamtman befördert. Ich hatte in der letzten Zeit den SS-Angleichungsdienstgrad eines Hauptsturmführers. Mitglied der SS bin ich nicht gewesen. Seit 1932 war ich Parteimitglied.

Als ich 1934 zum Gestapa kam, wurde ich dort als Verwaltungsbeamter im Amt II eingesetzt. Ich war in dem Referat II A 2 tätig und hatte den Schriftverkehr mit anderen Behörden zu entwerfen. 1935 schied ich aus diesem Referat aus und kam in das Referat II B 3. In diesem Referat hatte ich mit Emigranten-Fragen zu ~~be~~ ^{hau} ~~schäftigen~~. In dem Sachgebiet mit Emigranten war ich bis 1945 tätig. Das Referat führte nach der Gründung des Reichssicherheitshauptamtes im September 1939 die Bezeichnung IV D 3. Ich hatte meinen Dienstsitz in der ersten Zeit in der Prinz-Albrecht Strasse und dann wegen der vielen Bombenschäden an den Gebäuden in verschiedenen Stadtteilen von Berlin. Im Sommer 1944 wurde mir ein Büro in der Kurfürstenstrasse 115/116, in dem das Judenreferat saß, zugewiesen. Seit dieser Zeit unterstand ich der Dienstaufsicht von Eichmann, war aber weiter mit Emigrantenangelegenheiten beschäftigt. Meine Tätigkeit in dem Emigrantenreferat bestand darin, dass ich Ermittlungen nach deutschen Emigranten, die schon im Ausland lebten, anzustellen hatte. Mit Auswanderungsfragen, d.h. mit der Bearbeitung von Sachfragen der Personen, die erst ins Ausland auswandern wollten, hatte ich nichts zu tun.

Wenn in dem Emigrantenreferat Fälle zu bearbeiten waren, die jüdische Emigranten betrafen, hatte ich die betreffende Akte an das Judenreferat abzugeben. Ich bin in einem solchen Fall dann nicht mehr tätig geworden und habe die betreffende Akte auch nie wieder gesehen. Ein solcher Fall wurde ausschließlich im Judenreferat bearbeitet. Emigrantenfälle, die Mischlinge betrafen,

wurden zwar federführend vom Emigrantenreferat bearbeitet, mussten aber vom Judenreferat mitgezeichnet werden. Diese Aufteilung der Arbeit in Mischlingsfragen änderte sich schon im Jahre 1943 insofern, als ich die Bearbeitung dieser Fälle ebenfalls vollständig an das Judenreferat abgab. Das hatte zur Folge, dass ich selbst ab 1943 ausschließlich mit arischen Emigranten zu tun hatte. Ich habe die Bearbeitung der Mischlingsfragen abgegeben, weil es in der Bearbeitung dieser Fälle zu Spannungen mit dem Judenreferat gekommen war. Diese Spannungen hatten ihren Grund darin, dass das Judenreferat die ~~M~~ Mischlinge, die emigriert waren, ins Reich zurückführen wollte, während ich damit nicht einverstanden war. Warum das Judenreferat bestrebt war, die emigrierten Mischlinge in das Reich zurückzuführen, wusste ich zu der Zeit, als ich die Bearbeitung dieser Fragen an das Judenreferat abgab, nicht. Erst später, den genauen Zeitpunkt kann ich heute nicht mehr angeben, habe ich vermutet, dass das Judenreferat auch diese Menschen in die Vernichtung einbeziehen wollte. Sie sollten mit "verheizt" werden. Die Bearbeitung der Mischlingsfragen wurde m.W. im Juni / Juli 1943 dem Judenreferat übertragen. Diese Übertragung ging auf meine Veranlassung hin und wurde von dem Amtschef Müller angeordnet.

Mir ist schon Ende 1941 Anfang 1942 zu einer Zeit, als ich noch in dem Referat IV D 3 in dem Hauptgebäude in der Prinz-Albrecht-Str. saß, bekanntgeworden, dass die Juden aus dem Reich deportiert wurden. Mir war auch bekannt, dass sie in den Osten in Lager gebracht wurden. Die einzelnen Zielorte und die Organisation der Deportationen war mir nicht bekannt. Ich wusste zu dieser Zeit auch noch nicht, was mit den Menschen im Osten geschah. Auch über einen Arbeitseinsatz hatte ich damals nichts gehört. Mir ist durch meinen Sekretär Zimmat bekanntgeworden, dass Juden in Berlin nachts abgeholt wurden und zu einer Stelle gebracht wurden, von der sie abtransportiert wurden. Das hat Zimmat mir erzählt. Ich kann heute nicht mehr genau sagen, ob Zimmat selbst zu einer solchen Abholaktion eingeteilt worden ist oder ob er mir nur Tatsachen berichtete, die er selbst von anderen Personen gehört hatte.

Der Name Brunner ist mir unbekannt. Auch nachdem mir seine Dienststellung und seine Arbeit in Berlin vorgehalten worden ist, kann ich mich an diesen Mann nicht erinnern.

Mir ist auch nicht bekannt, ob Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes zu Abholaktionen in Berlin eingesetzt worden sind.

Ich habe während meiner Tätigkeit im Reichssicherheitshauptamt davon gehört, dass die Getto's im Osten überfüllt waren, dass darum Ausbruchsversuche gemacht wurden, die mit Waffengewalt niedergeschlagen wurden und dass dort Hunger herrschte. Ich habe weiterhin auch von Massenexekutionen und letztlich auch von Vergasungen gehört. Diese Tatsachen erfuhr ich in einer Zeitspanne, die zwischen meiner dienstlichen Tätigkeit in einem Dienstgebäude in Lichterfelde und meiner Umquartierung in die Kurfürstenstrasse liegt. Zum ersten Mal wurde über diese Dinge gesprochen, als ich mit meinem Kollegen Schmidt und Kufal in Lichterfelde von der Dienststelle zum Bahnhof in Eichterfelde-West ging. Über diese Geschehnisse im Osten ist nur im Vertrauen im engsten Kollegenkreis gesprochen worden. Ich ~~XXXXXX~~ meine damit, meine engsten Kollegen, nämlich Herrn Schmidt, Herrn Kufahl und Frä. Fibranz. Diese Geschehnisse im Osten sind mir in diesen Gesprächen in Form von Gerüchten erzählt worden. Im Laufe der von mir bezeichneten Zeitspanne, die ich datumsgemäß nicht genau angeben kann, haben die verschiedenen Gerüchte sich in mir bis zu einem Zustand verdichtet, der einer Gewißheit nahe kam. Ich hielt diese Geschehnisse für möglich und sehr wahrscheinlich und hoffte trotzdem, dass sie nicht geschehen sein möchten. Woher meine Gesprächspartner die Gerüchte bezogen, die sie mir erzählten, weiss ich nicht. Ausser ihren Erzählungen wurden meine Vorstellungen auch davon noch geprägt, dass ich in meinem Referat ausländische Zeitungsartikel und illegale Schriften von Emigranten zu Gesicht bekam, die sich mit diesen Problemen beschäftigten. Mir ist dagegen nicht bekannt, dass es im Reichssicherheitshauptamt eine Stelle gab, an der ausländische Presseartikel gesammelt und ausgewertet wurden. Derartige Berichte, die mein Sachgebiet nicht betrafen, habe ich im Umlaufverfahren nicht erhalten. Ich habe auch niemals Berichte von Einsatzgruppen oder Einsatzkommandos zu Gesicht bekommen. Ausländische Rundfunksender habe ich nicht gehört.

Mir sind aus der Bevölkerung Gerüchte über Judentötungen im Osten nie zugetragen worden. Ich selbst habe

auch ausser den von mir oben bezeichneten Personen mit aussenstehenden Personen hierüber nie gesprochen. Das war viel zu gefährlich.

Zu der Frage meines eigenen Wissens trage ich noch nach, dass ich in den Gesprächen mit den von mir oben bezeichneten Personen auch schon von den Gaskammern in Auschwitz gehört habe.

Mir ist über die Organisation der Stapo-Leitstelle Berlin nichts bekannt. Insbesondere kann ich über das Arbeitsgebiet des stellvertretenden Leiters nichts sagen. Ich kenne auch keine Angehörigen der Stapoleitstelle Berlin. Die Namen Eovensiepen, Dr. Venter und Grautstück sind mir unbekannt.

Als ich schon mein Büro in der Kurfürsten-Str. hatte, habe ich einige Telefongespräche mit der Stapoleitstelle Berlin geführt. Diese Gespräche betrafen Gesuche von verschiedenen Berliner Firmen, die darum baten, dass Mischlinge nicht aus ihren Betrieb herausgezogen werden sollten. Ich habe diese Gespräche für Herrn Kryschak, der der eigentliche Sachbearbeiter dieser Fragen im Reichssicherheitshauptamt war, geführt. Wer mein Gesprächspartner bei der Stapoleitstelle war, weiss ich nicht. Mir ist auch nicht bekannt, dass ausser diesen speziellen Fragenkomplex in anderen Sachgebieten direkt von einem Referat des Reichssicherheitshauptamtes mit einem Referat der Stapoleitstelle Berlin verhandelt worden ist. Der Schriftverkehr zwischen der Stapoleitstelle Berlin und einem Referat des Reichssicherheitshauptamtes wurde m.W. so abgewickelt, dass der Referent der Stapoleitstelle das Schreiben unterzeichnete, es dann dem Leiter der Stapostelle vorlegte, und dieses Schreiben dann über das Reichssicherheitshauptamt zu dem da zuständigen Referenten kam. Die Schreiben waren an das Reichssicherheitshauptamt adressiert. Das jedenfalls war der regelmässige Weg. Mir ist nicht bekannt, dass für die Stapoleitstelle Berlin von dieser Regel abgewichen wurde. Ich berichtige mich insoweit: Der Referent bei einer Stapostelle setzte sein Handzeichen auf das Schreiben. Es wurde von dem Leiter der Stapostelle aber unterschrieben.

Die Ausstellung Sowjetparadies ist mir unbekannt. Ich weiss auch nichts von Geiselnerschießungen in Berlin. Mir ist bekannt, dass im ~~XXXXXXX~~ Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes Tagungen mit Stapoangehörigen stattgefunden haben.

Die Teilnehmer und die Tagungsordnungspunkte sind mir dagegen nicht bekannt.

Als ich mich bei Günther in der Kurfürstenstrasse vorstellte, sah ich in seinem Zimmer eine Karte an der Wand hängen, auf der die Deportation der Juden graphisch dargestellt war. An Einzelheiten dieser Darstellung entsinne ich mich nicht, weil ich diese Karte nur flüchtig angesehen habe. Ich erinnere mich genau daran, dass ich diese Karte, als ich sie sah, mit der Lösung der Judenfrage in Verbindung brachte. Die Tatsachen aber, die mich zu diesem Schluß führten, kann ich heute nicht mehr im einzelnen wiedergeben. Es war keine topographische Landkarte, sondern es waren statistische Darstellungen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben:

Weichbrodt

Paul Probst

Günther

Der Zeuge wurde nicht vereidigt, da er der Tatbeteiligung verdächtig ist (§ 60 Nr. 2 StPO).

Weichbrodt

Günther

BSA Wü Gellay 28

Reichssicherheitshauptamt

- IV A 5 a - H.

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum angeben

Berlin SW 11, den 24. Oktober 1940.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 120040

Personalakt: beigelegt
nicht vorhanden

Martenskarte: vorhanden
nicht vorhanden

STAMPEN
-2.NOV.1940 AM
9867/40

An die Staatspolizeistelle
in Würzburg.

Betrifft: Max H e i m a n n , geb. am 3.11.01 zu Schwanfeld, bzw. 23.10.01 zu Schwanfeld.
Bezug: Dort. Berichte vom 22.9.1937 - 4929 A Kr - und vom 20.11.1938 - II D -.

In den beiden obengenannten dort. Berichten sind die Geburtsdaten des H e i m a n n verschieden angegeben und zwar einmal der 3.11.01, das zweite Mal der 23.10.01 zu Schwanfeld. Ich ersuche um Bericht, ob Personengleichheit vorliegt, ggf. bitte ich um Angabe der richtigen Personalien.

Im Auftrage:

[Handwritten signature]

Hü.

Bayer. Staatsarchiv Würzburg
Bestand: Gestapo-Akten
Bund: **28**

72

BSA Würz Guleys 28

Stapo.

Würzburg, den 12. November 1940.

II D Nr. 9867/40.

1. Kanzlei: Bericht an das RSHA.,
Amt IV, - Ref. A 5 a -

B e r l i n .

Kanzlei	
erhalten am:	13. Nov. 1940
gefertigt:	13. Nov. 1940
gelesen:	13. Nov. 1940
abgesandt:	13. Nov. 1940

Betrifft: Max H e i m a n n, geb. 3.11.01 in
Schwanfeld bezw. 23.10.01 in Schwanfeld.

Vorgang: Erlaß vom 24.10.40 - IV A 5 a - H.

Anlagen: Ohne.

Unter Bezugnahme auf obigen Erlaß berichte ich, daß es sich in diesem Falle um zwei verschiedene Personen, welche jedoch die gleichen Vor- und Familiennamen tragen, handelt.

Der in meinem Bericht vom 22.9.1937 aufgeführte jüd. Viehhändler

Max H e i m a n n,

geb. 3.11.1901 in Schwanfeld, LKr. Schweinfurt, Sohn von Adolf Heimann und Theresie, geb. Kuhn, verh. mit Bianca, geb. Hausmann, zuletzt wohnhaft in Schwanfeld, ist bereits am 22.8.1937 mit seiner Familie nach Amerika ausgewandert.

Der am 23.10.1901 ebenfalls in Schwanfeld, LKr. Schweinfurt, geborene jüd. Viehhändler und Landwirt

Max H e i m a n n,

Sohn von David Heimann und Regine, geb. Bachmann, verh. mit Ida, geb. Weinmann, zuletzt wohnhaft in Schwanfeld, welcher in meinem Bericht vom 20.11.1938 aufgeführt ist, wurde im Zuge der Aktion gegen die Juden im November 1938 festgenommen und anschließend in das KL.-Dachau eingeliefert. Seine Entlassung von dort erfolgte am 10.12.1938. Am 9.8.1939 wanderte er von Würzburg nach Richborough - Camp aus.

2. Weglegen zum Pers. Akt: Max Heimann, geb. 3.11.1901
in Schwanfeld.

Wi.

8.11. Ba.
12.8.41.
JW

Bayer. Staatsarchiv Würzburg
Bestand: Gestapo-Akten
Bund: 28

73

A. A. eing. 15. AUG. 1941 Vm

AA Me u A 45/2

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 12. August 1941
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 120040

IV D 3 c - K.1535 -

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Auswärtiges Amt
D III 68 04
eing. 15. AUG 1941
Ant. Durchschl.

An das
Auswärtige Amt
Berlin

Betrifft: Margarete C o h n, geb. am 1.11.1890 in Berlin.

Bezug: Dort. Schreiben vom 17.4.1941 - D III 3009 und
mein Schreiben vom 20.5.1941 - IV B 4 b (Rz)
(neu) 2494/41 g (250)-.

Im Hinblick darauf, dass die Auswanderung von Juden aus Belgien und dem besetzten sowie dem unbesetzten Frankreich unter den gegebenen Umständen unerwünscht ist, kann der Antrag der Margarete Cohn auf Erteilung von Führungszeugnissen zur Fortsetzung ihrer Auswanderung als gegenstandslos angesehen werden. Ich habe daher die von der Staatspolizeileitstelle in Berlin beigezogenen Führungszeugnisse zunächst hier zu den Akten genommen.

V.

Im Auftrage:

1.) Weiteres ist nicht zu veranlassen; gez. Geissler.
die Schwedische Gesandtschaft in Berlin
ist mit Verbalnote vom 27. Juni 1941
- D III 3009 Ang. II - verständigt
worden.

2.) Z. d. A.

Berlin, den 13. August 1941.

Beglaubigt:

Hürche
Kanzleiangestellte.

Gs.

R
A

2-24

Reichssicherheitshauptamt

- IV D 3 c - Sch. 1411 -

Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen und Datum angeben

BSA Wü 384
Gestapo

Berlin SW 11, den 24. Sept. 1941.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ostsechste 120040 · Fernverkehr 126421

Karteikarte: vorhanden
nicht vorhanden

Personalakt: beigelegt
nicht vorhanden

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Würzburg
Eingel.: - 3 Okt. 1941
No. 9599/4; Beil.: X

An die

Staatspolizeistelle

in Nürnberg - Fürth,
Aussendienststelle Würzburg.

Betrifft: Reinhold Schittenheim, geb. am 18.2.99 zu
Hannweiler.

Bezug: Ohne.

Schittenheim
Schittenheim

Nach der vom Oberkommando des Heeres mit Schreiben vom 15.5.41 übersandten Listen/wohnt in Le Havre im Departement Seine-Inférieure der Emigrant Reinhold Schittenheim, geb. am 18.2.99 zu Hannweiler. Vor seiner Emigration am 10.9.39 nach Frankreich hat Schittenheim nach dieser Liste in Würzburg gewohnt. Bevor über seine etwaige Rückführung entschieden wird, bitte ich um Bericht über die Staats- und Rassezugehörigkeit des Schittenheim und was dort sonst über ihn in politischer und krimineller Hinsicht bekannt ist.

Im Auftrage:

[Handwritten signature]

Hü.

Bayer. Staatsarchiv Würzburg
Bestand: Gestapo-Akten
Bund: 384

*früher
Schittenheim*

256

AA Mel u A 4 42/2 42/2

**Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 6. Oktober 1941
Deing-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 00 40

IV D 3 c - K.2316 -

in der Antwort aufstehendes Gefährtszeichen u. Datum anzugeben

Auswärtiges Amt
D III 8416
eing. 15. Okt. 1941
Zm - Durchsch.

Bfg.
Weiterleiten an
DU bittet um Beteiligung
Berlin, den 27.10.41

An das
Auswärtige Amt
Berlin

Betrifft: Die jüdischen Eheleute Theodor Israel Köhler,
geb. am 11.8.1880 in Gau-Odernheim und Auguste
Sara geb. Stern, geb. am 4.7.1876 in Hörden (Murgtal).

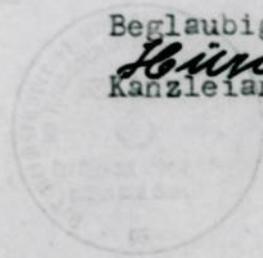
Bezug: Dort.Schreiben vom 17.4.1941 - D III 3010-.

Anlagen: 1 geheftete.

Als Anlage übersende ich zur gefl. Weiterleitung an
die Königl. Schwedische Gesandtschaft in Frankreich die für die
Eheleute K ö h l e r angeforderten polizeilichen Führungszeug-
nisse. Ich bitte, die Kosten in Höhe von RM 5.-- mit anliegender
Zahlkarte an den Polizeidirektor in Baden-Baden zu überweisen.

Im Auftrage:
gez. Geissler.

Beglaubigt:
Heinrich
Kanzleiangestellter



Gs

83-21

OK

Handwritten scribbles consisting of three distinct, overlapping shapes drawn in black ink on a white background. The shapes are irregular and appear to be a stylized or abstract representation of a word or symbol. The first shape on the left is a vertical, wavy line. The second shape in the middle is a more complex, rounded form. The third shape on the right is a sharp, downward-pointing V-shape.

BSA Würz Guleya 57

Reichsicherheitshauptamt

IV D 3 c- H. 2207

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 8. Oktober 1941

Prinz-Albrecht-Straße 8

Fernsprecher: Ostseetheater 120040 - Ferntheater 126421

Geh. Staatspolizei
Staatspol.-Stelle Würzburg
Eing 14. OKT. 1941
Nr. 9786/ti Beil. ~~1~~

Karteikarte: ~~vorhanden~~
nicht vorhanden

An die

Staatspolizei (~~Stelle~~) Nürnberg
Außendienststelle

in W ü r z b u r g

Personalakt: ~~beigelegt~~
nicht vorhanden

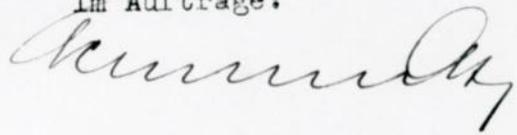
Betrifft: H o h n e geb. Strauß, Julia Therese, 17.5.12 Würz-
burg geb.

Bezug: Ohne.

Im Zuge der Durchführung des Erlasses des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD. vom 30.10.1940 - IV D 6 - 229/40- hat das Oberkommando des Heeres Listen über die im besetzten Gebiet Frankreichs wohnhaften deutschen Emigranten aufgestellt und zur Überprüfung nach hier gesandt. Hiernach wohnt in... Chalons s.S.... Departement... Hohne geb. Strauß, Julia Therese... geb. am 17.5.12... in Würzburg... Der letzte inkl. Wohnort war angeblich... Würzburg, Karthause. 91/4.

Da hier über die etwaige Heimschaffung ~~der~~ - der Vorgenannten entschieden werden muss, bitte ich um möglichst umgehenden Bericht über die Staats- und Rassezugehörigkeit sowie darüber, was in politischer, krimineller und abwehrpolizeilicher Hinsicht bekannt ist.

Im Auftrage:



Bayer. Staatsarchiv Würzburg
Bestand: Gestapo-Akten
Bund: 54

158

BSA Würz Gulays 52

Stapo.-Außendienststelle
B.Nr. II B 3 - 9786/41 -

Würzburg, den 22 Oktober 1941.

1.) An
das RSHA.
B e r l i n .

Kanzlei
erhalten am: 23. Okt. 1941
gefertigt: 23. 10. 41 We.
gelesen: 23. Okt. 1941
abgesandt: 23. Okt. 1941

Betrifft: Höhne geb. Strauß, Julia Therese, geb. am 17.5.1912
in Würzburg.

Vorgang: Erlaß vom 8.10.41 IV D 3 c - H. 2207 -.

Nach den getroffenen Feststellungen im Melde-
register des Einwohnermeldeamtes Würzburg heißt die Obenge-
nannte H ö h n e - nicht Höhne. Sie ist Jüdin und besitzt die
deutsche Staatsangehörigkeit. Ihre Eltern waren die jüdischen
Metzgerschleute Julius Strauß und Lea, geb. Weil. Höhne, geb.
Strauß war von Geburt bis gegen Ende August 1933 bei ihren
Eltern in Würzburg wohnhaft. Am 31.8.1933 wurde sie nach
Straßburg abgemeldet. Nach den Aufzeichnungen im Einwohner-
meldeamt Würzburg hat sie sich am 24. Oktober 1933 in Chalons
mit dem Mechaniker Wilhelm H ö h n e, deutschblütig, geb. am
27.8.1910 in Würzburg, verheiratet. Einige Tage nach ihrer
Verhelichung kam sie von Charlons wieder nach Würzburg zu-
rück und nahm hier, Kartause 9 1/4 Wohnung. Wann sie Würzburg
wieder verlassen hat, ist nicht bekannt. Eine Abmeldung ist
nicht erfolgt.

In politischer, krimineller und abwehrpolizeilicher Hin-
sicht ist hier nichts Nachteiliges über Höhne und ihrem Ehe-
mann bekannt.

- 2.) Auswertung in der Kartei: Das RSHA. hat um Bericht ersucht,
was über Höhne in politischer und
sonstiger Hinsicht bekannt ist.
24. 10. 41, We.
- 3.) Weglegen als Pers. Akt: Julia Therese H ö h n e, geb. Strauß,
geb. am 17.5.1912 in Würzburg.

I.A.

Kr.18/10.

Bayer. Staatsarchiv Würzburg
Bestand: Gestapo-Akten
Bund: **54**

159

BSA Wü Gerlage 54

Reichssicherheitshauptamt

Berlin SW 11, Den 9. Okt. 1941.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ortsverehr 120040 · Fernverehr 126421

- IV D 3 c - H. 2221

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Personalakt: ~~beigefügt~~ ~~nicht vorhanden~~ Karteikart: ~~vorhanden~~ ~~nicht vorhanden~~

An die Staatspolizei(zeit)stelle

in Würzburg.

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Würzburg
Engel: 1
9438/4ix
II 9

Betrifft: Wilhelm Hohne, geb. am 27.8.10 zu Würzburg.

Bezug: Ohne.

Im Zuge der Durchführung des Erlasses des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD. vom 30.10.1940 - IV D 6 - 229/40- hat das Oberkommando des Heeres Listen über die im besetzten Gebiet Frankreichs wohnhaften deutschen Emigranten aufgestellt und zur Überprüfung nach hier gesandt.

Hiernach wohnt in. Chalons s.S. Departement.....

Wilhelm H o h n e , geb. am 27.8.10

in Würzburg. Der letzte inl. Wohnort

war angeblich Würzburg, Ludendorffstr. 10.

Da hier über die etwaige Heimschaffung des - der Vorgenannten entschieden werden muss, bitte ich um möglichst umgehenden Bericht über die Staats- und Rassezugehörigkeit sowie darüber, was in politischer, krimineller und abwehrpolizeilicher Hinsicht bekannt ist.

Im Auftrage:

[Handwritten signature]

Bayer. Staatsarchiv Würzburg
Bestand: Gestapo-Akten
Bund: 54

155-

BSt Würz Gulays 54

Stapo.-Außendienststelle
B.Nr. II B 3 - 9788/41 -

Würzburg, den 22. Oktober 1941.

Kanzlei	
erhalten am	23. Okt. 1941
gefertigt:	23. 10. 41. We.
gelesen:	23. Okt. 1941
abgesandt:	23. Okt. 1941

1.) An
das RSHA.
B e r l i n .

Betrifft: Wilhelm H o h n e, geb. am 27.8.1910 in Würzburg.
Vorgang: Erlaß vom 9.10.41 - IV D 3 c - H. 2221 -.

Der Obengenannte heißt H ö h n e - nicht Hohne -.
Er ist deutschblütig und besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Seine Eltern sind die Lithgrapheneheleute Hermann Höhne und Therese, geb. Dürr, in Würzburg.

Höhne war zuletzt in Würzburg, Ludendorffstrasse 10 bei seinen Eltern wohnhaft und wurde am 5.5.1931 nach Chalons abgemeldet. Eine Anmeldung erfolgte seitdem in Würzburg nicht mehr. Nach den Aufzeichnungen im Einwohnermeldeamt Würzburg hat er sich am 24. Oktober 1933 in Chalons mit der Jüdin Julia Therese, geb. Strauß, geb. am 17.5.1912 in Würzburg, verheiratet.

Gegen Höhne liegt in politischer, krimineller, strafrechtlicher und abwehrpolizeilicher Hinsicht hier nichts Belastendes vor. Auch über seine Ehefrau und seine Eltern und Angehörigen ist nichts Nachteiliges bekannt.

- 2.) Auswertung in der Kartei: Das RSHA. hat um Bericht ersucht, was über Höhne in politischer und sonstiger Hinsicht bekannt ist.
- 3.) Weglegen als Pers.Akt: Wilhelm H ö h n e, geb. am 27.8.1910 in Würzburg.

24. 10. 41. We.

I.A.
[Handwritten Signature]

Kr. 18/10 .

Bayer. Staatsarchiv Würzburg
Bestand: Gestapo-Akten
Bund: **54**

156

Reichssicherheitshauptamt

- IV D 3 c - K. 1354

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 1. Juni 1942.
Dreiz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ortsverkehr 120040 · Fernverkehr 126421

BSA Wü Gemaß 110

Personalkarte: beigelegt
nicht vorhanden

Karteikarte: vorhanden
nicht vorhanden

An die Staatspolizeistelle

in Nürnberg.

Außendienststelle Würzburg.

Gen. Staatspolizei
Staatspol.-Stelle Würzburg
Eing. 16. JUN. 1942 Abt.
Nr. 4966/42 Beil.

Betrifft: Leopold K e l l e r m a n n
geb. am 26.2.1866 zu Fuebstadt.

Bezug: Ohne.

Wie aus einem im französischen Innenministerium in Paris sichergestellten Fragebogen hervorgeht, hat sich der Obengenannte um seine Anerkennung als deutscher Flüchtling gemäß den Bestimmungen des französischen Präsidialdekretes vom 17.9.1936 bemüht. Die Anerkennung erfolgte unter Mitwirkung des sogenannten "Comité Consultatif", dem berüchtigte Emigranten wie Georg Bernhard u.a. angehörten. Das Reichsgebiet hat Kellermann im Mai 1933 aus politischen Gründen verlassen.

In dem Antrag ist als letzter inländischer Wohnsitz Würzburg angegeben. Ich bitte um Feststellung und Bericht, was dort über seinen jetzigen Aufenthalt, seine politische und kriminelle Betätigung sowie seine Staats- und Rassezugehörigkeit bekannt geworden ist.

Im Auftrage:
gez. Schmidt

Beglaubigt:
Kirch
angestellte.

Geheime Staatspolizei			
Staatspolizeistelle Würzburg			
Datum	15 JUNI 1942		Ort
W. Nr.			
Referat	Verwaltung	Sorgung	sonst.



ko.

Bayer. Staatsarchiv Würzburg
Bestand: Gestapo-Akten
Bund: 110

252

BSA Würzburg 110
22

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth
Außendienststelle Würzburg
-B.Nr. 4966/42 II A 1 - ✓

Würzburg, den 20. Juni 1942.

Kanzlei	
erhalten am:	20. Juni 1942
gefertigt:	28.6.42 He.
gelesen:	23. Juni 1942
Referat:	D 3 c,
abgesandt:	23. Juni 1942

1. An das Reichssicherheitshauptamt, Amt IV, in B e r l i n.

Betrifft: Kellermann, Leopold, geb. 26.2.1866 in Fuchsstadt, Lkr. Ochsenfurt.

Vorgang: Erlass vom 1.6.1942 - IV D 3 c - K. 1354 - .

Anlagen: Ohne

Unter Bezugnahme auf den oben angeführten Erlass zeige ich an, daß der jüdische Kaufmann:

Leopold K e l l e r m a n n,

geb. 26.2.1866 in Fuchsstadt, Kr. Ochsenfurt, Sohn des Kaufmanns Seligmann Kellermann und der Jette, geb. Wissmann, verh. mit Doris Friedheim, zuletzt wohnhaft in Würzburg, Heinestraße 11, im Jahre 1933 gemeinsam mit seiner Ehefrau illegal nach Frankreich ausgereist ist. Er hat sich zuletzt in Straßburg aufgehalten. Ob er dort noch wohnhaft ist, konnte hier nicht festgestellt werden.

Kellermann hat in strafrechtlicher, politischer und sonstiger Hinsicht sowohl bei der Staatlichen Kriminalpolizeistelle Würzburg als auch bei der Außendienststelle Würzburg keine Vorgänge. Am 12.3.33 hat sich Kellermann bei der Polizeidirektion um die Erteilung eines Sichtvermerkes zur Ausreise nach Frankreich beworben. Die Erteilung des Sichtvermerkes wurde von der Polizeidirektion abgelehnt, weil zu befürchten war, daß Kellermann sich als Jude im Ausland deutschfeindlich betätigt.

Durch Abstammung hat Kellermann die deutsche Staatsangehörigkeit besessen. Kellermann ist Volljude.

Ausgebürgert wurde Kellermann bisher nicht.

Der Ehefrau des Kellermann stehen folgende Personalien zu: Kellermann, Doris, geb. Friedheim, geb. 29.3.1871 in Allersheim, Tochter des Amsel Friedheim und der Minna, geb. Guckenheimer, Jüdin, durch Abstammung RA..

Über Doris Kellermann ist in strafrechtlicher, politischer und sonstiger Hinsicht Nachteiliges nicht bekannt.

2. Zum Pers.-Akt: "Leopold Kellermann".

Im Auftrage:
[Handwritten Signature]

Schg/Rf

Bayer. Staatsarchiv Würzburg
Bestand: Gestapo-Akten
Bund: 110

253

CDJC XLVI B

Reichssicherheitshauptamt

Berlin SW 11, den 19. Januar 1943.
Dring-Albrecht-Straße 8

IV D 3 c -B. 1236.

Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Schriftverkehr; Ortsortshg 120040 - Fernverkehr 126421		
30. JAN. 1943		
2. St.	4. u. 5. St.	6. St.
IV	PA	

WA

Eingegangen
1. FEB. 1943
Erledigt 88

An
den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD.
im Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich
in P a r i s .

IV | H
PV A |

IV A | 1. J. J. J. J.
PV A | 1. J. J. J. J.

Betrifft: Den Juden Alfred Benjamin, geboren am 8.1.1911 in Elberfeld.

Bezug: Ohne.

Durch eine Mitteilung der Abwehrstelle III beim Oberkommando der Wehrmacht wird hier bekannt, daß der Jude Alfred Benjamin in Paris 14, 103 rue de l'Ouest, wohnt oder wohnhaft gewesen ist.

Der Genannte war zuletzt in Düsseldorf, Graf-Adolfstrasse 108, polizeilich gemeldet und ist Anfang des Jahres 1934 nach den Niederlanden emigriert. In Düsseldorf war er Mitglied der KPD und Funktionär der RGO. Im Kampf der KPD gegen die NSDAP ist Benjamin wiederholt durch Verteilen kommunistischer Hetzschriften in Erscheinung getreten. Er wurde deshalb wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28.3.1931 vom Amtsgericht in Düsseldorf am 9.4.1932 zu 5 Tagen Gefängnis und wegen eines weiteren Vergehens gegen die gleiche Verordnung am 20.5.1932 zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt. Darüber hinaus ist er wegen Veranstaltung einer verbotenen öffentlichen Versammlung vom Schöffengericht in Düsseldorf am 2.3.1933 anstelle einer an sich verurteilten Gefängnisstrafe von 15 Tagen zu einer Geldstrafe in Höhe von 30,-RM verurteilt worden. Von der Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht in Hamm wird er noch jetzt in einer Strafsache wegen Vorbereitung zum Hochverrat - Aktenzeichen O.J. 460/34 - steckbrieflich gesucht. Nach der nationalsozialistischen Revolution war Benjamin Mitbegründer des "Vereins für Kunst und Literatur" (Kuli-Klub) in Düsseldorf, der sich vorwiegend aus ehemaligen Mitgliedern der RGO zusammensetzte und die illegale Weiterführung der

der

der RGO. bezweckte. Wegen dieser Betätigung wurde er am 28.3.1933 in Schutzhaft genommen und in das Konzentrationslager Lichtenburg überstellt. Nach seiner Entlassung am 12.12.1933 flüchtete er nach Holland, begab sich von dort nach der Schweiz, wo er im Jahre 1936 als Kurier der "Roten Hilfe" in Erscheinung trat. Nach den Angaben seines noch jetzt im Reichsgebiet wohnhaften Bruders ist er während der Bürgerkriegsunruhen in Spanien in die rote Miliz eingetreten und hat sich an Kampfhandlungen gegen die nationalspanischen Truppen beteiligt. Weiter wird festgestellt, daß er im Jahre 1936 während seines Aufenthaltes in Montgeron, 8 rue de l'Union, durch Vermittlung des berüchtigten Comités Consultatif seine Anerkennung als politischer Flüchtling nachgesucht hat. Durch die Vernehmung des Rückwanderers Friedrich Hey wurde im Jahre 1941 bekannt, daß Benjamin unter dem Decknamen "Ben" als Redakteur für die Emigrantenorganisation in Frankreich tätig war und die in französischer Sprache gehaltene Metzschrift "Trait d'Union" herausgebracht hat.

Dem Juden Benjamin ist die deutsche Staatsangehörigkeit durch Bekanntmachung des Reichsministeriums des Innern vom 29.9.1938 (veröffentlicht in Nr. 229 des Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeigers vom 1.10.1938) aberkannt worden.

Da es sich bei dem Juden Benjamin um einen besonders fanatischen marxistischen Schriftsteller handelt, bitte ich, nach ihm zu fahnden, ihn zu überprüfen und im Ermittlungsfalle festzunehmen. Im Erfolgsfalle ist beim Referat IV C 2 des RSHA. die Verhängung von Schutzhaft mit dem Ziel der Einweisung in das Konzentrationslager Auschwitz -Stufe 2- zu beantragen.

Über das Ermittlungsergebnis und die von dort getroffenen Maßnahmen bitte ich zu gegebener Zeit zu berichten.

Im Auftrage:

H. J. Schürfer
Abt. V - Befehlshaber
2. Kol. Kommando
Geisler
By Papst
aj 2/2

CDJC XLVI B

27. März

An das

Reichssicherheitshauptamt
IV D 3 c

B e r l i n .

IV B - BdS - SA 221 d
Rö./No.

Betr.: Den Juder, Alfred Benjamin, geb. 8.1.1911 in Elberfeld.

Vorg.: Dort. Erlaß vom 19.1.1943

Beigeschlossen überreiche ich einen Bericht des Sicherheitspolizei (SD) Kommandos Paris vom 22.3.1943. Nach Vorliegen weiterer Ermittlungsergebnisse wird unangefordert berichtet werden.

I.A.:

/-Obersturmführer.

ph.
29. März 1943
[Signature]

CDJC XLVI B

Der Befehlshaber
der Sicherheitspolizei und des SD

im Bereich des Militärbefehlshabers
in Frankreich

Sicherheitspolizei (SD) - Kommando
Paris

Paris, den 22. März

1943

2. Ausfertigung.

IV B - PA. 1576/43

Abt. Itr.: // - Stuf. Dr. Illers

Ber.erst.: // - Stuf. Ahnert
FE/We.

An den

Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD.
im Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich
Referat IV B

Paris.
Av. Foch 82

Betr.: Den Juden Alfred Benjamin, geboren am 3.1.1911 in Elberfeld.

Vorg.: ohne.

Anlg.: 1

Die Ermittlungen nach dem obengenannten Juden ergaben, dass er von
3.8. bis 5.9.1939 in Paris 109, rue de l'Ouest wohnhaft war. Wohin er von dieser
Adresse verzogen ist und wo er sich heute aufhält, konnte nicht festgestellt
werden.

Die Aufnahme des R. in den Fahrdungsnachweis der besetzten französischen
Gebiete ist veranlasst, weiter wurde die französische Polizei mit der Forderung
nach ihm beauftragt.

Wenn die weiteren Nachforschungen etwas von Belang ergeben, wird berichtet
werden.

I. A.:

gez. Ahnert.

// - Untersturmführer.

BSA Wri Quilay 439

Reichssicherheitshauptamt

29

Berlin SW 11, den 29 März 1943.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ostseerheft 120040 · Seenoerheft 126421

- IV D 3 c - W. 2398. -

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben

Geh. Staatspolizei
Staatspolizei Stelle Würzburg
Eing - 2 APR. 1943
Nr. 1418/43

An die
Staatspolizeistelle
in W ü r z b u r g.

Betrifft: Waldemar W a g n e r, geb. am 23.3.1893 zu Gotha.

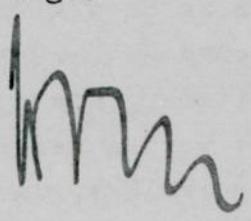
Bezug: Dort. Schreiben vom 4.2.1943 - II A 6 - 1418/43 -
an die Staatspolizeileitstelle Berlin.

Anlagen: 1 - u.R.

Der Vorgang Waldemar W a g n e r wird hier zum obigen Aktenzeichen bearbeitet. Da inzwischen die von Wagner in anliegendem Schreiben genannten Zeugen bereits über das Auswärtige Amt der in Finnland mit der Untersuchung der Angelegenheit betrauten Stelle mitgeteilt worden sind, erübrigt sich eine nochmalige telegraphische Übermittlung des gewünschten Inhalts.

Über das von dort Veranlaßte bitte ich zu berichten.

Im Auftrage:



Gehelme Staatspolizei
Staatspolizei Stelle Nürnberg-Fürth.
Eing. - 1. APR. 1943
II Nr.
Beitrag Bearbeiter Vorgang Ref.
Wagner

bae

Bayer. Staatsarchiv Würzburg
Bestand: Gestapo-Akten
Band: 439

326

BSA Wü Juley 439

Stapo-BNr. II A 6 - 1418/43.

Würzburg, den 8.4.43.

1. Dem Inhaber der Metallwarenfabrik SIS - Licht , Erich Lang/
Schweinfurt, wurde am 7.4.43 gegen 9 1/4 Uhr fernmündlich
mitgeteilt, dass die Aufgabe des von seinem Vertreter Wagner
gewünschten Telegramms an Bock-Helsingfors nicht mehr er-
forderlich sei, weil die von Wagner benannten Zeugen bereits
über das Auswärtige Amt der in Finland mit der Untersuchung be-
trauten Stelle mitgeteilt worden seien. Die von Erich Lang
in diesem Zusammenhang gestellte Frage, ob er nunmehr mit
Wagner wieder in rein privaten und geschäftlichen Dingen
korrespondieren könne, wurde bejaht.

2. An
das RSHA.- IV D 3 c

B e r l i n .

Kanzlei	
erhalten am:	8. April 1943
gefertigt:	8.4.43 Bay.
gelesen:	9. April 1943
abgesandt:	8. April 1943

Betrifft: Waldemar W a g n e r, geb. 23.3.93 zu Gotha.

Bezug: Dort.Erlass v.29.3.43 IV D 3 c - W.2398-.

Anlagen: -1-.

Unter Bezugnahme auf den o.a.Erlass berichte ich, dass ich
den Inhaber der Metallwarenfabrik SIS-Licht, Erich Lang,
Schweinfurt, davon in Kenntnis gesetzt habe, dass sich die
Aufgabe des von seinem Vertreter W a g n e r gewünschten
Telegramms an Bock/Helsingfors erübrigt habe, weil die von
Wagner genannten Zeugen bereits über das Auswärtige Amt der in
Finland mit der Untersuchung der Angelegenheit betrauten Stelle
mitgeteilt worden seien. Auf diesbezügliche Anfrage wurde
Erich Lang erklärt, dass gegen seine Absicht, mit seinem Ver-
treter Wagner nunmehr wieder in privaten und geschäftlichen
Dingen zu korrespondieren, keine Bedenken bestünden.

3. Wiedervorlage sogleich an II A 6 ± Vo -.

SS-Sturmbannführer.

Bayer. Staatsarchiv Würzburg
Bestand: Gestapo-Akten
Band: 439

h.

327

**Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD**

Berlin SW 11, den 6. Juni 1942.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: Ortsverkehr 12 00 40 · Fernverkehr 12 64 21

IV D 3 c - F. 1097.

Bitte in der Antwort vorstehendes Bechäftszeichen u Datum anzugeben

Vfg.

Weiterleiten an D III
D II bittet um ~~Beteiligung~~
Berlin, den 19.6.42

An

das Auswärtige Amt
in B e r l i n .

Auswärtiges Amt
D III 3418
eing. 11. Juni
Amt Durchschl.

Betrifft: Samuel V o g e l , recte Streng, geboren am
19.11.1884 in Jaroslaw, und Maria geb. Marsch-
hofer, geboren am 22.10.1901 in Steyer.
Bezug: Dort. Schreiben vom 21.10.1941 - D III 8471 - und
mein Schreiben vom 2.11.1941 - Akt.Zch. wie oben - .

Im 9159 A

Im Nachgange zum vorbezeichneten Schreiben teile ich
mit, daß der Jude Samuel V o g e l am 2.11.1941 mit einem
Sammeltransport durch die Zentralstelle für jüdische Auswan-
derung von Wien nach Litzmannstadt umgesiedelt worden ist.
Seine deutschblütige Ehefrau wohnt noch bei ihren Eltern
Heinrich und Johanna Marschofer in Nürnberg, Ödenburger-
strasse 61.

Im Auftrage:

Ruders

Fb.

~~83-29~~ 391

457